



Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission Lehren aus
Afghanistan für das künftige vernetzte
Engagement Deutschlands

Wortprotokoll der 19. Sitzung Teil 1 (öffentlicher Teil)

Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands

Berlin, den 12. Juni 2023, 12:00 Uhr
Sitzungssaal 4.800, Paul-Löbe-Haus
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee

Vorsitz: **Michael Müller, MdB (SPD)**
Serap Güler, MdB (CDU/CSU)

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt **Seite 4**

Öffentliche/Nichtöffentliche Anhörung
zum Thema

**„Politische Verantwortungsstrukturen:
Das Afghanistan-Engagement im Deutschen
Bundestag - Rolle des Parlaments, Informationen
und strategische Befassung“**

*Teil 1 - öffentlicher Teil: 12:00 bis 14:00 Uhr /
Teil 2 - nichtöffentlicher Teil: ca. 14:15 bis 15:30 Uhr*

Vorlage zur Anhörung:

Leitfragenkatalog der Fraktionen

Kommissionsdrucksache 20(28)20

Anlage 1



Eingeladene Sachverständige:

Tom Koenigs

Bundestagsabgeordneter von 2009 bis 2017,
ehem. Vorsitzender des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe (2009-2013)

Hellmut Königshaus

Bundestagsabgeordneter von 2004 bis 2010,
ehem. Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (2005-2009),
ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
(2010-2015)

Ruprecht Polenz

Bundestagsabgeordneter von 1994 bis 2013,
ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
(2005-2013)

Reinhold Robbe

Bundestagsabgeordneter von 1995 bis 2005,
ehem. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses
(2002-2005), ehem. Wehrbeauftragter des
Deutschen Bundestages (2005-2010)

Stellungnahmen:

Helmut Königshaus

Kommissionsdrucksache 20(28)21

Anlage 2

Tom Koenigs

Kommissionsdrucksache 20(28)22

Anlage 3

Reinhold Robbe

Kommissionsdrucksache 20(28)24

Anlage 4

Ruprecht Polenz

Kommissionsdrucksache 20(28)25

Anlage 5



Mitglieder der Enquete-Kommission

Abgeordnete

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Müller, Michael Schmid, Christoph Türk-Nachbaur, Derya	Fiedler, Sebastian Özoğuz, Aydan Sthamer, Nadja
CDU/CSU	Beyer, Peter Güler, Serap Hierl, Susanne	Brand, Michael Bröhr, Marlon Dr. Leikert, Katja Dr.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Gambir, Schahina Krämer, Philip	Düring, Deborah Spellerberg, Merle
FDP	Gerschau, Knut Sauter, Christian	Jurisch, Ann Veruschka Dr. Müller-Rosentritt, Frank
AfD	Nolte, Jan Ralf	Wundrak, Joachim
DIE LINKE.	Hunko, Andrej	N.N.

Sachverständige Kommissionsmitglieder:

Prof. Dr. Anna Geis

Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Reiner Haunreiter

Dr. Michael Lüders

Prof. Dr. Carlo-Antonio Masala

Dr. Katja Mielke

Winfried Nachtwei

Egon Ramms

Prof. Dr. Ursula Schröder

André Wüstner

Jörg Vollmer

Dr. Ellinor Zeino



Beginn: 12:00 Uhr

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Anhörung zum Thema „Politische Verantwortungsstrukturen: Das Afghanistan- Engagement im Deutschen Bundestag - Rolle des Parlaments, Informationen und strategische Befassung“

- öffentlicher Teil -

Der **Vorsitzende**: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie ganz herzlich zur achten öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“. Ich heiße auch die Gäste auf der Tribüne und die Zuschauerinnen und Zuschauer, die uns zugeschaltet sind, herzlich willkommen. Die heutige Anhörung wird live übertragen und steht ab morgen, zusammen mit den anderen Anhörungen, auch als Aufzeichnung in der Mediathek der Webseite des Deutschen Bundestages zur Verfügung. Ich hoffe sehr, dass es auch dafür ein reges Interesse gibt, das eine oder andere noch einmal in den Aufzeichnungen nachzuvollziehen.

Meine Damen und Herren, in den bisherigen Anhörungen sind wir chronologisch vorgegangen und haben den Afghanistan-Einsatz Abschnitt für Abschnitt betrachtet. Davon weichen wir heute ab und behandeln ein Thema, das eine besondere Bedeutung für unseren Rückblick auf den Afghanistan-Einsatz hat. Es geht um die Rolle des Parlaments während des deutschen Engagements. Der Bundestag spielt bei der Entsendung der Soldatinnen und Soldaten eine sehr wichtige Rolle. Er entscheidet über die Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sie wird daher aus gutem Grund als Parlamentsarmee bezeichnet.

Wir wollen heute folgende Fragen behandeln: Welche Aufgaben hat der Deutsche Bundestag in einem solchen Einsatz? Und: Hat er die Aufgaben während des Afghanistan-Einsatzes erfüllt bzw. erfüllen können? Daraus ergeben sich weitere Fragen: Welche Möglichkeiten hatte der Deutsche Bundestag, den Einsatz zu beeinflussen? Wie hat sich der Deutsche Bundestag über den Verlauf des Einsatzes informiert? Wir haben durchaus den

Eindruck, dass sowohl im Parlament als auch in der Wissenschaft viel Wissen vorlag. Wie konnte dieses Wissen in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden? Wie hat das Parlament auf die mit dem Afghanistan-Einsatz eng verknüpfte Entwicklung des vernetzten Ansatzes geantwortet? Hat der vernetzte Ansatz auch im Bundestag seine Entsprechung gefunden? Sollte der Deutsche Bundestag seine Funktion und Arbeitsweise möglicherweise für zukünftige Einsätze anpassen? Diese und andere Fragen wollen wir heute diskutieren und gemeinsam untersuchen. Das ist eine der wichtigen Herausforderungen für die Arbeit der Enquete-Kommission: aus der Betrachtung des Afghanistan-Einsatzes die Rückschlüsse für mögliche andere Einsätze in der Zukunft zu ziehen.

Wir werden heute von unseren vier Sachverständigen, die alle während des Afghanistan-Einsatzes bedeutende parlamentarische Funktionen innehatten und wichtige Ämter ausübten, erfahren, wie sie die damalige Rolle des Bundestages einschätzen. Was sollte man besser machen, und wie? Welche zusätzlichen Instrumente, Kapazitäten, möglicherweise Formate empfehlen Sie, damit der Bundestag seine Kontrollaufgabe gegenüber der Regierung möglicherweise besser wahrnehmen kann als bisher?

Ich möchte Ihnen die vier Sachverständigen vorstellen. Ich beginne mit Tom Koenigs. Er war von 2006 bis 2007 Sondergesandter der VN in Afghanistan und von 2009 bis 2017 Mitglied des Bundestages in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dabei war er von 2009 bis 2013 Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Wir danken Ihnen sehr, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Genauso wie Hellmut Königshaus, Mitglied des Bundestages von 2004 bis 2010 in der FDP-Fraktion. Von 2005 bis 2009 war er Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und anschließend von 2010 bis 2015 Wehrbeauftragter des Bundestages. Ich begrüße ganz herzlich Ruprecht Polenz, Mitglied des Bundestages in der CDU/CSU-Fraktion von 1994 bis 2013. Von 2005 bis 2013 war er der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses.

Und ich begrüße Reinhold Robbe, Mitglied der



SPD-Fraktion des Bundestages von 1995 bis 2005. Von 2002 bis 2005 war er Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und von 2005 bis 2010 der Wehrbeauftragte des Bundestages.

Meine Herren, Sie alle haben von der Enquete-Kommission Eingangsfragen bekommen, deren Inhalt ich bereits angesprochen habe. Sie haben damit eine Grundlage für Ihre Statements. Für diese Sitzung haben die Mitglieder der Enquete-Kommission zudem vereinbart, dass einige ihrer Mitglieder, die über einen längeren Zeitraum mit dem Afghanistan-Einsatz befasst waren, ihre damaligen Erfahrungen mit uns teilen können. Dafür stehen diesen Kommissionsmitgliedern jeweils fünf Minuten zur Verfügung. Beiträge haben Frau Aydan Özoğuz von der SPD-Fraktion und Herr André Hunko für DIE LINKE. angekündigt. Für die Sachverständigen hat sich Herr Winfried Nachtwei, benannt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gemeldet.

Meine Damen, meine Herren, zunächst erhalten jedoch die vier Sachverständigen jeweils sieben Minuten Zeit für ein Einführungsstatement. Noch einmal vielen Dank für die Bereitschaft, uns heute hier zur Verfügung zu stehen. Nach Ihren Eingangsstatements werden im Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen Fragen an Sie gerichtet. Jeder Fraktion stehen zunächst zwei Minuten für Fragen zur Verfügung. Jeder Sachverständige hat dann jeweils zwei Minuten zur Beantwortung Zeit. Wir müssen sehr streng mit der Redezeit umgehen, damit alle Fraktionen ihr Frage- und Rederecht wahrnehmen können. Es gibt noch einen letzten technischen Hinweis von mir. Wir haben zwei Stunden zur Verfügung. Es wird dann eine kleine Pause geben und danach schließt sich noch eine nichtöffentliche Beratungszeit an. Meine Damen und Herren, haben Sie Fragen zum Verfahren? Herr Ramms, Sie haben das Wort.

SV Egon Ramms: Herr Vorsitzender. Ich möchte darum bitten, dass auch die FDP-Vertretung nach den Beiträgen der Vortragenden Redezeit bekommt, um gegebenenfalls Fragen zu stellen.

Der Vorsitzende: Wir haben eine besondere Redezeit für diejenigen vereinbart, die in der Vergangenheit parlamentarische Erfahrung gesammelt haben und uns jetzt hier als Mitglieder der Kommission zur Verfügung stehen. Gibt es weitere Fragen oder Hinweise zum Ablauf? Das ist nicht der Fall. Dann beginnen wir jetzt mit unserer Anhörung. Herr Koenigs, Sie haben das Wort.

Tom Koenigs (ehem. Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bedanke mich für die Einladung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Ex-Kollegen, liebe Engagierte im Fall Afghanistan. Sie haben mir fünf Fragen gestellt. Die ersten beiden beziehen sich auf die Einbindung des Parlaments, die nächste auf die Koordination mit und in den Vereinten Nationen und die vierte auf die Kritik der Ziele und als fünfte Frage, was sich in den Ausschüssen besser machen ließe. Ich habe eine schriftliche Stellungnahme vorgelegt, die Sie zum Protokoll geben. Ich werde daraus die wichtigsten Sachen in der gebotenen Kürze vortragen.

Zunächst ist der Bundestag von den 50 in Sicherheitsfragen umfassend engagierten Nationen dasjenige Parlament, das von allen am meisten eingebunden ist. Dass wir eine Parlamentsarmee haben und dass der Bundestag sein ganzes Instrumentarium an Ausschüssen, an Wehrbeauftragten, an Wissenschaftlichem Dienst, an Experten einsetzen kann, das gibt es in anderen Parlamenten nicht. Das ist der Parlamentsvorbehalt.

Wenn man nun möchte, dass in die Einzelheiten des Mandats eingegriffen wird, muss man wissen, dass dies ein Mandat ist, das einstimmig im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder im NATO-Nordatlantikrat beschlossen wurde. Es ist schwer vorstellbar, dass man hier in die Details geht.

Wir müssen uns auch daran erinnern, dass die Ziele des Einsatzes 2001/2002 von einer großen Mehrheit und mit Begeisterung getragen wurden. Schon wenige Tage nach Nine Eleven hat Bundeskanzler Schröder gesagt: „Deutschland steht angesichts dieses beispiellosen Angriffs



uneingeschränkt an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika“. Unconditional Support, man könnte fast hinzufügen „whatever it takes“.

Es gab ein bündnispolitisches, ein sicherheitspolitisches und ein entwicklungspolitisches Ziel. Das bündnispolitische Ziel hat Schröder so formuliert: Zusammenarbeit mit und Unterstützung der Verbündeten. Das ist erreicht worden. Denn Deutschland stand in der NATO bei dem Einsatz, wie niemand anderes, an der Seite der Verbündeten. Zweitens, das sicherheitspolitische Ziel: Von Afghanistan sollte nie wieder Terror ausgehen, das ist mit einem großen Fragezeichen versehen. Am besten hat das 2002 Verteidigungsminister Peter Struck formuliert: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“. Und das entwicklungspolitische Ziel war wolkig. Es sollte ein wirtschaftlich selbstständiges, demokratisches und friedliches Afghanistan geschaffen und unterstützt werden. Daran haben sich 85 Staaten, 15 internationale Organisationen und insgesamt 1700 afghanische und internationale NGOs beteiligt. An der Breite der Informationen hat es nicht gefehlt und die entsprechenden Bücher füllen unsere Regale.

In einem Bereich hat es allerdings absolut unnormal geringe Informationen gegeben. Das ist der ganze Sicherheitsbereich, der einfach dünn informiert war. Dass sich das Interventionsregime in ein Besatzungsregime verwandelte, ist nicht wahrgenommen worden. Man hat sich auch nicht über die sowjetischen Erfahrungen schlau gemacht, die dort auch interveniert und durchaus ein entwicklungspolitisches Ziel formuliert hatten und gescheitert sind. Und letzten Endes haben wir uns viel zu wenig über die politische und historische Bedeutung der Civilian Casualties, der zivilen Kollateralschäden, informiert. Dass die Civilian Casualties letzten Endes die Sicherheitslage zum Kippen gebracht haben, haben wir nicht bemerkt. Ob der Bundesnachrichtendienst den Deutschen Bundestag hätte informieren können oder ob man in den Nachbarländern hätte forschen können? Auch Pakistan als Hinterland hat man nicht erkannt. Und die Schwäche der afghanischen Armee ist überhaupt erst drei Tage vor dem Ende offenbar worden. Dass wir da nichts gewusst haben, ist auch ein struktureller Mangel.

Zur Zusammenarbeit der VN-Organisation: Es lässt sich nur koordinieren, wer sich koordinieren lassen will. Das gilt für die Vereinten Nationen. Da gab es das Konzept der integrierten Mission. Es gibt nur eine Vereinten Nationen, deshalb arbeitet man zusammen. Der stellvertretende Leiter ist der Leiter des humanitären Einsatzes, und ich fand das Konzept der integrierten Mission vernünftig. Die übrige Koordination im entwicklungspolitischen Bereich war äußerst schwierig. Es wurde ein Afghanistan-Compact mit einem Koordinierungsgremium namens JCMB (Joint Coordination and Monitoring Board) geschaffen, bei dem aber schon die Zusammensetzung strittig war. Ich glaube nicht, dass es viel erreicht hat. Ich glaube auch nicht, dass man den Einsatz wirklich organisieren und koordinieren konnte. Denn das Ganze ist zu umfänglich, jeder hat dort mehr oder minder seins gemacht.

2011 gab es eine Situation, in der es möglich war, aus dem Einsatz herauszukommen. Da haben die Vereinigten Staaten zu den Bündnispartnern gesagt: 2014 gehen wir militärisch raus.

Das war die Chance, zu verhandeln. Das war die Chance, gesichtswahrend herauszugehen. Man hätte dann die anderen beiden Ziele aufgeben oder zurückfahren müssen. Wahrscheinlich wäre man da in einer besseren Situation gewesen und wäre nicht noch weitere fünf Jahre Vergangenheit nachgelaufen.

Der Afghanistan-Einsatz ist nicht an mangelnden internationalen Mitteln gescheitert. Auch nicht an mangelnder Koordination, sondern an seiner politischen und historischen Fehleinschätzung. Hồ Chí Minh hat mal gesagt, es gibt drei Bedingungen, um einen Aufstand zu gewinnen: Erstens, eine gute Ideologie, eine „Catching Ideology“, die trägt.

Zweitens, ein Hinterland. Und drittens, einen charismatischen Führer. Die Ideologie, den politischen Islam, haben wir unterschätzt. Er treibt bis heute Hunderte von Selbstmordattentätern in den Krieg. Wir haben das Hinterland Pakistan unterschätzt und nie als solches gesehen. Und wir haben unterschätzt, dass es zwar keinen charis-



matischen Führer gab, dass aber die Führer der demokratischen Seite diskreditiert waren, vor allem durch Korruption. Auf die Frage, ob eigentlich die Taliban oder die Regierung korrupter sind, hat jeder Afghane geantwortet: die Regierung.

Zum Schluss – ich weise noch einmal auf die schriftliche Stellungnahme hin: Was könnte man besser machen? Ich glaube, der Unterausschuss Zivile Krisenprävention und internationale Organisationen könnte und sollte aufgewertet werden. Da hätte man auch die bohrenden Fragen stellen und alle einladen können. Und man muss sich wirklich überlegen, wie man die sicherheitspolitische Diskussion ins Parlament mit hineinbringt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Koenigs. Ich will ergänzen, dass Sie und auch Herr Königshaus eine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben. Herr Königshaus, Sie haben das Wort.

Hellmut Königshaus (ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, auch ich beziehe mich erstmal auf die schriftliche Stellungnahme. Das kann man sonst nicht alles in sieben Minuten vortragen. Vieles deckt sich aber mit dem, was Tom Koenigs gerade ausgeführt hat, insbesondere was die Vernachlässigung der militärischen Aspekte in diesem Einsatz angeht.

Das war aus meiner Sicht zunächst einmal so gewollt. Man wollte in einer pazifistisch ausgerichteten Öffentlichkeit – übrigens auch in einem damals zurecht pazifistisch ausgerichteten Parlament – nicht den Eindruck erwecken, man ziehe fröhlich in einen Krieg. Sondern man wollte deutlich machen, dass es dort um eine Stabilisierung der Situation ging. Dass aber auch die Werte, die wir hier bei uns in Deutschland haben, die das Parlament vertritt, zum Tragen kommen. Das war ein Punkt, der dem eigentlichen Ausgangspunkt gegenüberstand. Tom Koenigs hat gerade darauf hingewiesen. Eigentlich ging es zunächst einmal nicht um Menschenrechte, Frauenrechte oder ähnliches. Sondern es ging darum, in einer schwierigen Situation Bündnissolidarität mit den

USA zu zeigen und – wie es in dem VN-Beschluss des Sicherheitsrates heißt – den Terrorismus dort auszurotten. Das war eine sehr drastische Formulierung, und es war ein sehr weitgehendes Ziel, das man natürlich nie erreichen konnte, schon gar nicht in einem solchen Land – vor allem wenn Pakistan nebenan liegt. Das wollte man nach meinem Eindruck aber so nicht in der Öffentlichkeit vertiefen. Vielleicht kann Herr Polenz noch etwas zu der Frage sagen, wie das außenpolitisch eingeordnet wurde. Ich muss auch vorab sagen, dass ich erst seit 2004 Mitglied im Deutschen Bundestag war und die Anfangszeit deshalb nicht aus eigenem Erleben beurteilen kann.

Eine Auswirkung in diesem Zusammenhang war, dass der militärische Teil, insbesondere die Frage, wie unsere Truppe denn eigentlich dort eingesetzt werden sollte, vernachlässigt wurde – nach meinem Eindruck auch in der Diskussion im Parlament. Beispielsweise bei der Frage, welche Ziele verfolgt werden sollten – dort gab es ganz klare und strikte Festlegungen –, aber auch bei der Frage, welche Mittel verwendet werden sollten: Das waren nicht unbedingt die Mittel, die auch aus militärischer Sicht für die Truppe erforderlich gewesen oder jedenfalls hilfreicher gewesen wären.

Ich erinnere daran, dass zunächst gesagt wurde: Naja, das ist ein Stabilisierungseinsatz, wir sind nicht im Krieg. Wie sieht das denn aus, wenn es dort vermehrt schwere Waffen gibt, wenn dort Kanonenrohre und ähnliches zu sehen sind? Sie erinnern sich alle an diese Diskussion. Man hat – wie auch Tom Koenigs gerade sagte – zu spät bemerkt, dass sich die Situation vollkommen geändert hatte, auch, weil im Norden, wo wir später die Zuständigkeit hatten, am Anfang verhältnismäßige Ruhe herrschte.

Später war das dann anders. Aber damals konnte und wollte man das nicht vertiefen. Ich erinnere daran, dass die Mandatsentscheidungen im Deutschen Bundestag in der Regel nach einer halbstündigen Debatte getroffen wurden. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass man an den Debattenbeiträgen zum 15., 20. oder 9. Mandat nicht erkennt, welche Debatte tatsächlich zu welchem Zeitpunkt geführt wurde.



Meine Empfehlung lautet, dass das Parlament in Zukunft, wenn es die Mandatsentscheidung trifft, diese – ich sage mal vorsichtig – anders vorbereitet, und zwar tatsächlich dabei auch koordinierter vorgeht, als das bisher der Fall war. Denn wir haben in vielen Fällen erleben müssen, dass dort die politischen Gegensätze, die natürlich zwischen den einzelnen Seiten im Parlament zu spüren waren, zum Ausdruck kamen, aber nicht die Bedürfnisse im Einsatz selbst die entscheidende Rolle spielten. Deshalb meine Empfehlung am Ende meiner schriftlichen Stellungnahme, dass diese Mandate mit einem gesonderten Gremium begleitet werden, und man die Mandate nicht nur alle halben Jahre thematisiert, wenn die Diskussion über die Verlängerung aufkommt.

Ich habe das nämlich nicht so empfunden, lieber Tom Koenigs, dass es in der politischen Diskussion einen hinreichenden Ausgleich, eine hinreichende Vernetzung gab. Sondern es gab eine Schwerpunktsetzung, das war deutlich spürbar. Man wollte dort unsere Werte vertreten. Aber ich muss auch sagen, das haben wir mit einem völlig untergewichtigen Ansatz gemacht.

Ich spreche aus meiner Erinnerung. Ich habe nicht lange in Dokumenten gewühlt, ich durfte ja auch keine mitnehmen. Sondern ich musste aus privaten Quellen schöpfen. Aber an Zahlen von 2007 erinnere ich mich – an dieses Datum deshalb, weil ich das in einer Diskussion mit Frau Wieczorek-Zeul, der damaligen Ministerin im BMZ, erörtert hatte. Wir hatten nur 75 Millionen Euro im BMZ und 45 Millionen Euro im Auswärtigen Amt für den Aufbau in Afghanistan zur Verfügung. Zur gleichen Zeit haben wir für China über 200 Millionen Euro ausgegeben. Für China, das zu dieser Zeit zehn Milliarden Euro an eigener, angeblicher Entwicklungshilfe für seine Beziehungen in Afrika aufgewendet hat, um dort seine Minen besser ausbeuten zu können. Das habe ich als unangemessen empfunden, vor allem auch im Vergleich zu dem – trotz aller Zurückhaltung beim Einsatz eigener Mittel – doch weit überwiegenden Anteil des militärischen Bedarfs. Das waren pro Jahr damals – eine Schätzung, aber ich glaube, die trifft ziemlich zu – 600 Millionen Euro. Also ein Verhältnis von eins zu fünf.

Und das ist etwas, das obendrein auch nicht zielgerichtet im Sinne des vernetzten Ansatzes eingesetzt wurde. Vernetzt heißt, dass ich die militärische und die zivile Seite in Zusammenhang bringe. Das war nicht der Fall, sondern im Gegenteil: Die zivile Seite, insbesondere die entwicklungspolitische Seite, hat immer versucht, sich möglichst unabhängig zu entwickeln und eigene Positionen zu beziehen. Deshalb wurden sehr viele der geringen Mittel außerhalb des deutschen Bereichs eingesetzt. Als Beispiel fällt mir gerade Herat ein, die Universität Herat und die Wasserversorgung. Oder die Aktivitäten der Grünhelme. Wir waren dort in der Konrad-Adenauer-Schule in der Nähe von Herat. Dort sind natürlich die deutschen militärischen Aspekte überhaupt nicht zum Tragen gekommen. Umgekehrt war es aber dann so, dass im eigenen Bereich wenig von den entwicklungspolitischen Ansätzen zu spüren war und die Afghanen sich deshalb eher besetzt fühlten, insbesondere als dann auch tatsächlich robuster vorgegangen werden musste, weil die Angriffe immer heftiger wurden. Damit komme ich erst einmal zum Schluss.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Königshaus. Herr Polenz, Sie haben das Wort.

Ruprecht Polenz (ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für die Einladung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde es schön, dass ich dabei sein darf, weil ich die Arbeit der Enquete-Kommission als ausgesprochen wichtig einschätze, und ich will nach Kräften versuchen, dazu beizutragen, dass sie erfolgreich sein wird.

Ich mache eine kurze Vorbemerkung: Ohne den 11. September hätte es keinen Afghanistan-Einsatz gegeben. Die Grausamkeiten der Taliban gegen die Bevölkerung oder die Unterdrückung der Frauen hätten nicht zu einer internationalen Intervention geführt. Und wenn der Taliban-Führer Mullah Omar, wie von den USA verlangt, Osama bin Laden ausgeliefert hätte, wäre es auch zu keiner Intervention gekommen. Deshalb war das zeitlich primäre und prioritäre Ziel der Intervention, Osama bin Laden zu fassen, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen und weitere Anschläge zu verhindern. In zweiter Linie ging es darum,



sicherzustellen, dass Afghanistan nicht länger ein „safe haven“ und Rückzugsraum für den internationalen Terrorismus ist. Und failing states oder failed states sind genau das. Deshalb kam man dann zu der Konsequenz: Wir müssen Afghanistan zu einem funktionierenden Staat machen, soweit man das von außen kann. Dafür waren nun nach 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg, die vorangegangen waren, umfangreiche Aufbaumaßnahmen nötig. Und zwar verfassungspolitisch, sicherheitspolitisch, entwicklungspolitisch, gesellschaftspolitisch – Stichwort Versöhnung nach dem Bürgerkrieg – und wirtschaftspolitisch.

Der Kosovo-Einsatz – so habe ich mich damals auch erinnert – war der gefährlichste Einsatz, dem ich im Deutschen Bundestag bis dahin zuzustimmen hatte. Und es war völlig klar, und zwar wirklich allen Abgeordneten, dass der Afghanistan-Einsatz noch wesentlich gefährlicher sein würde. Wir haben uns im Bündnis mit den NATO-Staaten und anderen Staaten, 85 insgesamt, beteiligt. Und deshalb liegt es in der Natur der Sache – und das ist, denke ich, auch für die Enquete-Kommission wichtig –, dass die dafür erforderlichen Absprachen zwischen den Regierungen erfolgen müssen. Rückbindungen an die jeweiligen Parlamente erfolgen nach den jeweils im Land geltenden Regeln. Für Deutschland waren das die grundgesetzliche Kompetenzverteilung und vor allen Dingen das Parlamentsbeteiligungsgesetz für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte und natürlich auch die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Letzter Satz zur Vorbemerkung: Ich bewerte den Afghanistan-Einsatz insgesamt positiv, auch wenn viele Ziele nicht erreicht werden konnten. Denn für die Afghaninnen und Afghanen waren diese 20 Jahre viel besser als die 20 Jahre vorher und, wie wir es im Augenblick sehen können, wahrscheinlich leider auch besser als das, was vor ihnen liegt.

Der Auswärtige Ausschuss war federführend zuständig für – sehr präzise – die Vorbereitung der Bundestagsbeschlüsse über die Anträge der Bundesregierung zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte außerhalb des Bündnisgebietes. Er konnte die Anträge der Bundesregierung annehmen oder ablehnen, er konnte sie nicht abändern. Das ist grundsätzlich sinnvoll, finde ich, denn wenn es

um das „Ob“ geht, ist das Parlament in der politischen Entscheidung gefordert. Es ist in gewisser Weise auch gefordert, wenn es um das „Wie“ geht. Also bei dem „Wie“: Niemals allein, wer ist sonst noch beteiligt, reichen die Mittel etc.?

Aber die Mandate gingen viel weiter. Sie haben sehr detailliert die Zusammensetzung der Truppenkontingente aufgelistet. Und das habe ich immer als problematisch empfunden, weil wir als Auswärtiger Ausschuss gar nicht beurteilen konnten, ob man nun so viele Pioniere oder vielleicht mehr Panzergrenadiere gebraucht hätte. Wir haben uns da immer auf den Verteidigungsausschuss verlassen. Aber ich fürchte, dass man auch da den Generalinspekteur der Bundeswehr gefragt und nicht aus eigener militärischer Expertise entschieden hat. Von daher habe ich diesen Teil der Parlamentsbeschlüsse immer auch als ein Problem empfunden.

Wir haben uns mehrfach im Jahr durch den Außenminister unterrichten lassen. Wir hatten BND-Briefings. Wichtig fand ich die vertraulichen Briefings der Obleute von Auswärtigem Ausschuss und Verteidigungsausschuss alle sechs bis acht Wochen im Verteidigungsministerium. Das waren immer etwa anderthalb bis zwei Stunden, in denen wir unterrichtet wurden. Auch das BMZ hat gelegentlich im Auswärtigen Ausschuss vorgelesen und das BMI zum Stand der Polizeiausbildung. Und natürlich gab es viele Afghanistanbesuche von Ausschussmitgliedern. In der Parlamentarischen Versammlung der NATO und auf allen Sicherheitskonferenzen ist darüber diskutiert worden. Man war also auch mit anderen in einem ständigen Austausch zu diesem Thema.

Die Frage drei ist, glaube ich, ein Schlüssel Ihrer Arbeit: Konnte der vernetzte Ansatz für das Afghanistan-Engagement im parlamentarischen Raum ausreichend entwickelt, diskutiert und mit einem realistischen Zielbild versehen werden? Dieser Ansatz wurde nach meinem Eindruck schon in der Regierung nicht ausreichend ressortübergreifend diskutiert und entwickelt und deren Versäulung hat auch das Parlament nicht überwunden.



Allerdings ergeben sich aus der Multilateralität der Einsätze Vorgaben und Grenzen für das deutsche Engagement. Trotzdem erscheint es mir dringend geboten, das deutsche Engagement mehr aus einem Guss, das heißt kohärent und konsistent, zu gestalten. Das könnte – da muss man wieder bei der Regierung anfangen – ein Nationaler Sicherheitsrat leisten, in dem die Ressorts entsprechend einem erweiterten Sicherheitsbegriff vertreten sein müssten. Nur so würde die notwendige Vernetzung an der Spitze entstehen, und zwar dauerhaft. Der Nationale Sicherheitsrat könnte dann mandatsbezogene Arbeitsgruppen bilden, die ressortübergreifend die jeweiligen Einsätze begleiten. Dann könnte man prüfen, ob der Deutsche Bundestag als Pendant auch einen allgemeinen Sicherheitsausschuss nach gleichen Kriterien zusammensetzt und für die einzelnen Mandate ebenfalls mit Unterausschüssen arbeitet. Kleiner Spoiler: Ich bin mir allerdings sicher, der Ressortegoismus in der Bundesregierung würde sich im Egoismus der beteiligten Ausschüsse wiederfinden.

Die Frage: Wer soll evaluieren, soll der Deutsche Bundestag das selber machen? Ich glaube nicht, dass der Deutsche Bundestag eine eigene Evaluierung machen sollte, sondern er sollte diese regelmäßig und nachvollziehbar von der Regierung einfordern – wenn es dazu Fragen gibt, kann ich gerne noch etwas dazu sagen. Und in der Frage heißt es auch: Wie kann der Deutsche Bundestag zukünftig seinen Einfluss auf internationale Friedenseinsätze stärker ausüben? Da habe ich eine ketzerische Anmerkung: Ich bin wegen des notwendig bestehenden Informationsgefälles nicht sicher, ob ein größerer Einfluss des Bundestages auf internationale Friedenseinsätze wirklich sachgerecht wäre. Der Bundestag sollte sich auf die grundsätzlichen politischen Fragen konzentrieren und sich nicht durch operative Detailfragen ablenken – Klammer auf „lassen“, Klammer zu. Ich kann mir vorstellen, dass das kontrovers ist, das ist aber meine Meinung – war es im Übrigen auch damals schon.

Warum gab es keine gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse? Man hätte sich mit 100 Abgeordneten für meinetwegen drei Stunden getroffen. Die Regierung hätte mit drei Ministerien vorge-

tragen, aus jeder Fraktion wären drei Abgeordnete drangekommen. Die Frage, ob das effizient wäre, haben wir nicht mit „Ja“ beantwortet. Deshalb ist es dazu auch nicht gekommen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Polenz, für Ihre Stellungnahme. Und abschließend für diese Runde Herr Robbe, bitte.

Reinhold Robbe (ehem. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Herr Vorsitzender, liebe ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, bevor ich auf die mir gestellten Fragen eingehe, gestatten Sie mir bitte eine Vorbemerkung. Zum ersten Mal befasst sich eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit einem Auslandseinsatz der Bundeswehr. Deshalb will ich allen Verantwortlichen, die an der Einsetzung der Enquete-Kommission mitgewirkt haben, meinen persönlichen Dank aussprechen. Als ehemaliger Abgeordneter des Deutschen Bundestages, der 1995 für den damaligen ersten sogenannten robusten Bundeswehreininsatz unserer Streitkräfte in Bosnien und gleichzeitig gegen die Mehrheitsmeinung der eigenen Fraktion gestimmt hat, begleite ich bis heute die Entwicklung der Bundeswehr nicht nur mit großem Interesse, sondern auch mit einer persönlichen Anteilnahme. Denn die verordnete Transformation der Bundeswehr nach 1990 von einer reinen Verteidigungs- zu einer Einsatzarmee hatte bekanntlich auch zur Folge, dass wir es erstmals nach 1945 wieder mit schwer verwundeten, posttraumatisch belasteten und im schlimmsten Fall auch mit gefallenen Soldatinnen und Soldaten zu tun hatten. Und von allen Auslandseinsätzen, die der Deutsche Bundestag mandatierte, war der Afghanistan-Einsatz mit Abstand nicht nur der umfänglichste, sondern auch der folgenreichste, gerade was die Zahl der Opfer betrifft. Umso bedeutsamer werden die Ergebnisse dieser Enquete-Kommission für die weitere Entwicklung unserer Streitkräfte sowie für alle vergleichbaren Missionen mit deutscher Beteiligung sein.

Nun komme ich auf die einzelnen Leitfragen zu sprechen. Zunächst mit Blick auf die Frage: Wie



wurde das Parlament in den ersten Jahren einbezogen? Natürlich kann ich zur Kommunikation zwischen den Verantwortungsträgern und den Gremien nur aus meiner damaligen Perspektive etwas sagen, insbesondere als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses von 2002 bis 2005. Seit den bereits erwähnten NATO- und EU-Missionen gab es eine zuverlässige und von allen Fraktionen weitgehend akzeptierte Form der kontinuierlichen Kommunikation zwischen der Bundesregierung und dem Parlament. Im Zentrum der regelmäßigen Unterrichtung standen die mündlichen Berichte der zuständigen Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre, ergänzt durch Unterrichtungen der beamteten Staatssekretäre, den Chefs und sonstigen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesbehörden, den staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und den Experten. Wenn es um sicherheitsrelevante Themen ging, erfolgte die Unterrichtung unter den üblichen Regeln der Geheimhaltung. Je nach Lageentwicklung im Einsatzgebiet Afghanistan lud der Bundesverteidigungsminister – wir haben das gerade schon gehört – den Ausschuss in das Ministerium ein, um dort mit den vorhandenen technischen Unterstützungen umfassend zu berichten und den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, per Video-Konferenzen Fragen an die vor Ort verantwortliche militärische Führung zu richten. Sogenannte besondere Vorkommnisse, das heißt schwere Gefechte mit gefallenen oder verwundeten Soldaten, sonstige Ereignisse mit Todesfolge oder folgenschwere Unfälle wurden sehr zeitnah an die Fraktionsvorsitzenden und an die zuständigen Obleute in den Ausschüssen berichtet. Als Angehöriger einer Regierungsfraktion und Ausschussvorsitzender hatte ich darüber hinaus die Möglichkeit des regelmäßigen Gedankenaustausches mit dem damaligen Verteidigungsminister Peter Struck. An diesen Unterredungen nahmen auch der Fraktionssprecher und ein Parlamentarischer Staatssekretär teil.

Darüber hinaus waren für mich die Delegationsbesuche des Ausschusses in Afghanistan von herausgehobener Bedeutung. Selbst war ich Teilnehmer der ersten Bundestagsdelegation, die 2002 einen Truppenbesuch absolvierte. In den Folgejahren hatte ich regelmäßig die Möglichkeit, mir über die Sicherheitslage, die politische Ent-

wicklung und vor allem über die Arbeitsbedingungen, Probleme und Schwierigkeiten der Soldatinnen und Soldaten, aber auch der anderen Beteiligten ein eigenes Bild zu machen. Regen Gebrauch machten insbesondere die Oppositionsparteien von den parlamentarischen Instrumenten der sogenannten Kleinen und Großen Anfragen an die Bundesregierung, die oftmals auch Gegenstand von Debatten in Ausschüssen und auch im Plenum des Parlaments waren.

Zusammengefasst waren die Informationsmöglichkeiten für die Fachpolitikerinnen und -politiker umfassend und ausreichend. Natürlich war es für die Berichterstatter und Berichterstatterinnen der Fraktionen notwendig, auch proaktiv Themen aufzugreifen, um Informationen zu erhalten und der Kontrollaufgabe des Parlaments gerecht zu werden. Als unangemessen und kontraproduktiv habe ich es übrigens empfunden, wenn als vertraulich oder gar geheim eingestufte Unterrichtungen für die Obleute an Presseorgane durchgestochen wurden. Naturgemäß konnte nie ermittelt werden, wer dafür verantwortlich war. Aber dass in Einzelfällen, aufgrund derartiger Durchstechereien, Leben und Gesundheit von Soldatinnen und Soldaten gefährdet wurden und das offensichtlich bewusst in Kauf genommen wurde, ist für mich persönlich schlichtweg unverantwortlich.

Aus heutiger Sicht kann ich keine gravierenden Versäumnisse mit Blick auf die Kontrollpflichten des Parlaments erkennen. Im Unterschied zu vielen anderen Parlamenten in vergleichbaren westlichen Demokratien verfügt der Deutsche Bundestag neben seinen originären Kontrollorganen, wie den Fachausschüssen, dem Haushaltsausschuss, dem Parlamentarischen Kontrollgremium und dem Untersuchungsausschuss, noch zusätzlich über das im Grundgesetz verankerte Hilfsorgan „Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages“. Nicht zuletzt mithilfe der oder des Wehrbeauftragten kann sich das Parlament permanent und umfänglich ein realistisches Bild über den Menschen in der Bundeswehr und über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Soldatinnen und Soldaten machen.

Die Bedeutung und Wirksamkeit dieses beson-



deren Kontrollorgans konnte ich bereits als Abgeordneter erleben, aber natürlich insbesondere intensiv in meiner eigenen Verantwortung als Wehrbeauftragter. Die Kontrollmöglichkeiten des Wehrbeauftragten sind meines Erachtens umfassender und effektiver als die eines Abgeordneten, weil der Wehrbeauftragte seine Legitimation aus dem Grundgesetz ableitet und die Kontrollinstrumente qua Gesetz festgelegt sind. Aus meiner Perspektive ist hierbei das gesetzlich verankerte Recht zur Durchführung von unangemeldeten Truppenbesuchen besonders zu unterstreichen. Als Abgeordneter ohne herausgehobene Funktion durfte ich erleben, wie die Truppenbesuche der Bundestagsabgeordneten gründlich vorbereitet wurden, um es freundlich zu formulieren. Kritisch betrachtet haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages zumindest in meiner Zeit als Abgeordneter bei den Truppenbesuchen stets ein geschöntes und von A bis Z inszeniertes Bild der Bundeswehr dargestellt bekommen.

Ein Beleg für die Effizienz der Kontrollmöglichkeiten des Wehrbeauftragten mag auch dieses Beispiel sein. Nach etlichen Besuchen in Afghanistan und in den Heimatstandorten hatte ich den Eindruck gewonnen, dass es für Soldatinnen und Soldaten nicht mehr akzeptabel war, wenn die regelmäßig schweren Gefechte zwischen den ISAF-Kräften und den Taliban-Kämpfern, bei denen es Gefallene und Schwerverwundete gab, nach dem Willen des damaligen Verteidigungsministers nicht als Krieg bezeichnet werden durften. Da der Minister seinerzeit nicht bereit war, die Realitäten beim Namen zu nennen, habe ich in einem Spiegel-Interview das Thema öffentlich gemacht, was zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen dem Minister und mir im Verteidigungsausschuss führte. Erst mit dem Wechsel von Franz Josef Jung zu Karl-Theodor zu Guttenberg geriet dieser Streit in Vergessenheit.

Angesichts der Zeit komme ich zum Schluss. Meine Damen und Herren, der Gegensatz zwischen dem politischen Anspruch des vernetzten Ansatzes und der Realität hätte zu Beginn des Afghanistan-Einsatzes nicht größer sein können. In den Fachausschüssen des Parlaments wurde aus meiner Sicht das Idealbild einer vorbildlichen und exzellent funktionierenden Kooperation der

verschiedenen Ressorts präsentiert, das jedoch mit der Wirksamkeit im Einsatzgebiet oftmals wenig zu tun hatte. Vielleicht so weit, ich kann das andere auch noch zu Protokoll geben.

Der **Vorsitzende**: Und sicherlich gibt es auch bei der Beantwortung der Fragen, die auch gleich kommen, die Chance zu ergänzen. Vielen Dank Ihnen vieren erst einmal. Es schließen sich gleich die schon angekündigten Stellungnahmen der Kommissionsmitglieder an, die ergänzen wollen. Als erstes Frau Özoğuz, Sie haben fünf Minuten. Und dann Herr Hunko.

Abg. **Aydan Özoğuz** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde versuchen, in den wenigen Minuten noch ein paar Aspekte beizusteuern, die wir noch nicht angesprochen haben. Man hat gemerkt, welche Expertise da ist, und ich konnte mir das auch vorher schon denken. Deswegen möchte ich ganz kurz zum Beginn des Einsatzes zurückgehen, als ich noch nicht Mitglied im Bundestag war. 2001, da hatte ich gerade erst mit Politik begonnen. Ich möchte noch einmal an die Verwirrung erinnern, die uns alle, glaube ich, ein Stück weit befallen hat: Was ist da eigentlich geschehen, und was passiert jetzt? Als Hamburgerin möchte ich hinzufügen: Wir hatten ja dann die Erkenntnis, dass die Attentäter in Hamburg gelebt hatten. Ich denke, das hatte einen Anteil an der Art und Einfluss darauf, wie Deutschland damit umgegangen ist, und natürlich auf die Solidarität, die dann explizit ausgesprochen wurde. Wir haben in Hamburg damals einen gewissen Sarkasmus entwickelt, nachdem es diese Aussage gab: Wir werden jeden bekämpfen, der die Menschen beherbergt und untergebracht hat, und uns gefragt, ob wir jetzt vonseiten der USA angegriffen werden. Das war natürlich wirklich nur Sarkasmus. Aber es zeigt vielleicht diese Unsicherheit: Was passiert jetzt eigentlich, was kommt da auf uns zu?

Ich möchte auch ganz kurz an eine Diskussionsveranstaltung in der Körber-Stiftung erinnern, an der ich teilnahm, weil ich dort arbeitete. Es war eine Debatte über den Einsatz. Man merkte, wie unsicher in der Bevölkerung alle waren. Herr Koenigs, Sie haben vorhin gesagt, es war eine große Unterstützung da. Das hat man durchaus



auch gemerkt, aber es war auch viel Unsicherheit dabei. Ich erinnere mich, da waren Soldatinnen und Soldaten da, es war Roger Willemsen da, der leider schon verstorben ist. Er ist damals als vehementer Gegner aufgetreten. Und wir haben im Beisein von Soldatinnen und Soldaten diese Debatte geführt, sie durften selber nichts sagen. Auf der einen Seite war es sicherlich gut, dass diese Debatten überhaupt an der einen oder anderen Stelle geführt wurden. Aber danach wurde eine Abstimmung durchgeführt: Ist es gut oder nicht? Sie ist positiv ausgefallen. Das unterstützt das vielleicht ein Stück weit. Aber ich habe mich schon gefragt und ich frage mich das bis zum heutigen Tag: Was hat das eigentlich für die Soldatinnen und Soldaten bedeutet, dort zu sitzen, zuzuhören und dann in den Einsatz geschickt zu werden? Das sind schon Fragen, die man nicht vergessen sollte.

Eine Sache, die gesellschaftlicher Natur ist, möchte ich auch noch ansprechen: Es wird interessanterweise auch in dieser Enquete-Kommission überhaupt nicht über Guantanamo gesprochen. Auch beim Thema politischer Islam möchte ich daran erinnern, welche merkwürdigen Debatten wir teilweise führten, weil wir nicht genau definieren konnten, was wir eigentlich mit Extremismus und dem, was sich daraus entwickelte, meinten, gerade eben auch in islamischen Ländern. Das hat ein durchaus ungutes Gefühl bei vielen Menschen verursacht, die zum Beispiel selber Muslime waren und was Guantanamo dann vielleicht auch bedeutet hat.

Zur Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten: Diese möchte ich hier auch noch nennen, weil auch das einen Bezug zum Hamburger Bundeswehrkrankenhaus hat. Mir wurde sehr deutlich gemacht – jetzt komme ich schon auf die Zeit ab 2009, als ich Mitglied im Deutschen Bundestag war –: Ihr habt nicht von vornherein damit gerechnet, dass solche Dinge wie das Karfreitagsgefecht passieren, und Ihr habt die Soldatinnen und Soldaten im Grunde gar nicht richtig versorgt. Als ich selber in Afghanistan war, wurde mir das vorgeführt. Es gab nicht einmal genug Betten, um die Schwerverwundeten dort unterzubringen. „Das darf euch nie wieder passieren“ war ein wichtiger Satz.

Jetzt komme ich noch zu zwei Dingen, die mir in den vielen Gesprächen mit Afghaninnen und Afghanen mitgegeben wurden, und zwar sowohl in Afghanistan als auch bei digitalen Konferenzen. Da hat die Berghof Stiftung geholfen, die Friedrich-Ebert-Stiftung und auch andere politische Stiftungen. Ich möchte an dieser Stelle sagen, wie wichtig es war, dass wir diese Stiftungen hatten.

Das erste war, Jobgelegenheiten zu schaffen: warum habt ihr in dem Einsatz nicht gleichzeitig gesellschaftlich daran gewirkt, dass die Menschen nicht zu einer Art Teilzeit-Taliban werden mussten, weil sie Geld brauchten? Ihr macht einen Einsatz, aber Ihr sorgt an der anderen Stelle nicht dafür, dass die Leute über die Runden kommen. Korruption et cetera wurden ja schon angesprochen. Wo war die Alternative? Haben wir etwas für die jungen Menschen gemacht, für die vielen Frauen, die in Herat einen Studienabschluss gemacht haben? Haben sich die EU, Deutschland oder andere Länder dazu etwas überlegt?

Und das zweite war: Spricht man mit den Taliban? Ich kann mich daran erinnern, dass es im Bundestag eine riesige Unsicherheit darüber gab, wie man mit der Frage umgeht. Es gab immer wieder die Anregung, mit den Taliban zu reden. Die Afghanen und vor allem die Afghaninnen haben uns immer gesagt: Ihr müsst mit denen reden, denn wenn Ihr nicht mit denen redet, worüber verhandeln wir dann? Wenn wir nett in Doha sitzen, müssen wir am Ende in den Vereinbarungen mit den Taliban Sätze haben, die uns schützen. Und dazu sind wir leider nicht gekommen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Das waren nicht alles Parlamentserfahrungen, aber interessante Eindrücke aus dieser Zeit. Herr Hunko und dann Herr Nachtwei.

Abg. **Andrej Hunko** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Mein Blickwinkel ist einerseits ähnlich wie der von Frau Özoğuz: 2001 als aktives Mitglied der Friedensbewegung in Deutschland, der den Einsatz kritisch gesehen hat und ab 2009 dann hier im Deutschen Bundestag, allerdings nicht in irgendeiner herausgehobenen oder speziellen



Funktion. Und zu Letzterem will ich meinen Eindruck schildern, dass ich nämlich – und ich glaube, das ist ein grundsätzliches Problem – viele der zentralen Debatten, die wir hier im Deutschen Bundestag führen, im Kern als nicht ehrlich und letztlich als Legitimierungsdebatten empfunden habe. Ich war da nicht selbst direkt beteiligt, das war meistens meine Kollegin Christine Buchholz. Ich erinnere mich an viele Situationen, in denen sie im Plenum stand und gesagt hat: Wir müssen den Einsatz doch mal wirklich evaluieren. Im Kern dienen die Debatten letztlich der Rechtfertigung von Regierungshandeln.

Ich habe kürzlich den Wissenschaftlichen Dienst befragt: Wir haben seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Parlamentsvorbehalt von 1994 im Bundestag insgesamt 236 Entscheidungen zu Bundeswehrmandanten getroffen – das war Stand 8. Mai, es kommen noch zwei, drei dazu. Alle 236 Entscheidungen wurden unverändert durchgewunken. Da muss ich widersprechen, Herr Polenz, wenn Sie sagen, es gibt dieses Informationsgefälle, und wir sollten da sozusagen der Regierung vertrauen. Das entspricht nicht meinem parlamentarischen Verständnis. Das sehe ich als ein Kernproblem an.

Auch heute, wenn wir über Mali reden, empfinde ich die Debatten so ähnlich, wie ich das damals auch bei den Afghanistan-Debatten empfunden habe. Als Mitglied einer Fraktion der Linken, Vorläufer PDS, haben wir den Einsatz von Beginn an kritisch gesehen und abgelehnt, sodass ich natürlich einen entsprechenden Blick darauf habe. Und ich kann mich nur anschließen, dass wir meines Erachtens wirklich eine andere kritische Kultur brauchen, wenn es um solche Einsätze geht. Da ist der Rechtfertigungsdruck natürlich sehr groß, das verstehe ich. Aber ich halte es für falsch.

Ich will darauf hinweisen, dass wir 2014 als Linksfraktion eine Große Anfrage gemacht haben, an der ich beteiligt war. Das ist natürlich ein wichtiges Instrument. Auch da gab es im Anschluss eine Debatte, aber die hatte sozusagen den Rahmen, den ich eben beschrieben habe. Kurz nachdem ich 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags geworden bin, gab es die Auseinandersetzung um die Kunduz-Bombardierung mit 90 bis

140 zivilen Opfern. Wir haben versucht, dieser Opfer zu gedenken, das ist abgelehnt worden. Wir haben dann im Plenum diese Aktion mit den Namen der Opfer gemacht. Es gab einen Untersuchungsausschuss des Parlaments zu Kunduz, das sollte man auch erwähnen, mit durchaus unterschiedlichen Einschätzungen der verschiedenen Fraktionen dazu. Aber ich glaube, generell sollte man auch mit den Opfern von eigenen Einsätzen anders umgehen, als das momentan der Fall ist.

Und ich bin Frau Özoğuz dankbar, dass sie auf Guantanamo hingewiesen hat. Das blenden wir fast vollständig aus. Aber es hat direkt mit dem Afghanistan-Krieg zu tun. Und ich habe in den letzten Wochen zwei Vertreter aus Guantanamo getroffen, die beide 15 Jahre unschuldig dort inhaftiert waren – das ist komplett verbrieft –, die trotzdem heute riesige Probleme haben, was überhaupt ihre Aufenthaltsrechte betrifft, wo sie leben können und so weiter. Ich will nicht ins Detail eingehen. Ich will nur sagen, dass man auch damit aus meiner Sicht anders umgehen müsste.

Zusammenfassend würde ich sagen: sehr viel kritischere Aufarbeitung. Ich will nicht gegen den Parlamentsvorbehalt reden, aber wenn der Parlamentsvorbehalt nur dazu dient, Regierungshandeln letztlich nach außen hin zu legitimieren, dann läuft das falsch. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Hunke. Herr Nachtwei.

SV Winfried Nachtwei: Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Verteidigungsausschuss des Bundestages war ich von 1994 bis 2009. Ab 2002 war ich auch sicherheitspolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender und auch danach die ganze Zeit mit dem Afghanistan-Einsatz befasst. Sie wissen, dass meine Partei [BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN] gegenüber Auslandseinsätzen besonders skeptisch, anfangs ablehnend war. Von daher war mir in meiner Rolle dann ein besonderer Berichtszwang wichtig, sich also intensiv darum zu kümmern.

Jetzt nur unvollständige Stichworte, erstens: Was



die Einstiegsmandate anging, war auffällig, dass die Auseinandersetzungen und die Beratungen um die Enduring Freedom-Teilnahme äußerst intensiv und kontrovers waren, auch durch die Einbeziehung von wissenschaftlicher Regionalkompetenz. Während das bei ISAF innerhalb von zwei Tagen und mit wenig Beratung ging. Kühne Stellungnahme dazu: Das wird der schwierigste und längste Einsatz – nein, das haben wir insgesamt nicht beachtet.

Zweitens: 2006 Wetterleuchten, Senlis Council [heute: The International Council on Security and Development] berichtete über eine breite Aufstandsbewegung in Südafghanistan. Dann wies General Markus Kneip, der Befehlshaber des Regionalkommandos Nord, auf eine Vervielfachung der Sicherheitsvorfälle inzwischen auch im ruhigeren Norden hin und sagte: Ihr müsst jetzt schnell etwas machen. Da haben wir einen entsprechenden Warnbrief an die Afghanistan-Minister geschickt: Afghanistan auf der Kippe? Die Antwort darauf war Beschwichtigung.

Drittens: Lagebild insgesamt. Die offiziellen Unterrichtungen waren hilfreich. Es gab viel, wenn man gefragt hat und wenige Tage danach schon einiges mehr. Insofern bemerkenswert, aber genauer gesehen, war das nicht zureichend. Denn zur Sicherheitslage gab es überwiegend nur eine ereignisbezogene Unterrichtung und die war sehr stark auf den deutschen Verantwortungsbereich fokussiert. Wenn man im Verteidigungsausschuss nachgefragt hat, was im Süden passiert ist, war die Antwort: nächste Woche mal. Das war also ziemlich unergiebig.

Oder was die Aufbaulage angeht: Diejenigen, die da waren, haben regelmäßig bestimmte Projekte besucht. Insgesamt war man beeindruckt von dem, was da geleistet wurde. Nur mir hat sich immer wieder die Frage gestellt: Ist das der Tropfen auf den heißen Stein, oder ist es der kühlende Wasserstrahl? Und die Entwicklungsleute haben gesagt, wir tröpfeln. Also insgesamt hatten wir nie eine Aufbaulage. Wir hatten Maßnahmenkataloge, bei denen man gesehen hat, klasse, was wir alles machen. Aber eine Einschätzung insgesamt, was es vorwärts bringt, hatten wir nicht.

Zur Sicherheitslage war mein Berichtsdrang gefordert. Und so verfasste ich umfassende Reiseberichte, die mit der Zeit an andere Fraktionen und auch Ministerien gingen. Ab 2007 bis 2021 sammelte ich Materialien zur Sicherheitslage. Und in GeoPowers, dem ersten sicherheitspolitischen Blog in Deutschland, hieß es dann tatsächlich, das sei die einzige konkrete, faktenbasierte Zusammenstellung zur Sicherheitslage in der ganzen Bundesrepublik gewesen. Das hat mir geschmeichelt, aber ansonsten war das ein Armutszugnis für die Exekutive. Die Sicherheitslage beziehungsweise die Sicherheitsvorfälle sind die eine Seite der Realität. Die andere Seite war, was gleichzeitig an Positivem lief – deshalb meine Reihe „Better news statt bad news aus Afghanistan“. Die wurden leider mit der Zeit immer spärlicher.

Zu Einsatzkräften und Ähnlichem kann ich jetzt nichts sagen. Es wurde schon gesagt, dass es im Bundestag kein ressortübergreifendes Handeln auf der Ausschussebene gab. Aber fast alle Fraktionen hatten Arbeitsgruppen, Task Forces zu dem Thema.

Zur Wirkungskontrolle: Es gab vonseiten der Bundesregierung überwiegend Input-Berichte. Aber was bringt es insgesamt? Zum Beispiel bei der Polizei: Wir haben 10.000 Ausbildungsmaßnahmen durchgeführt. Aber wo bleiben die ausgebildeten Polizisten? Darauf gab es keine Antwort. Solche Forderungen nach Wirkungsanalysen und bald darauf nach Wirkungsevaluierungen wurden im Bundestag seit 2006 erhoben. Aber 15 Jahre lang gab es keine Antwort auf diese Forderungen, die jetzt die Enquete-Kommission zu klären versucht.

Und das Letzte, die Folgemandate: Nach dem VN-Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi sollen Mandate realistisch und glaubwürdig sein. Man muss feststellen, dass die Bundestagsmandate in der Regel von der Sicherheitslage losgelöst waren. Es hat zu Zwischenschritten keine Folgedokumente gegeben, die überprüfbar gewesen wären. Und die nichtmilitärischen Komponenten wurden da regelmäßig vernachlässigt.

Knackpunkt war meiner Auffassung nach eine



mangelnde Wirkungsorientierung und Wirkungskontrolle. Damit einhergehende Machbarkeitsillusionen bezogen auf Aufbau und Abzug und generell, das waren vor allem die Defizite der Regierung. Aber angesichts der erheblichen Möglichkeiten der deutschen Parlamentsbeteiligung hätten wir als Parlament da auch korrigierend eingreifen können. Es hätte so nicht laufen müssen, wenn wir besser gewesen wären. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die drei Statements. Wir kommen jetzt zu unserer Fragerunde. Jeder Fraktion stehen zwei Minuten zur Verfügung, und es wäre schön, wenn der Sachverständige, an den sich diese Frage richtet, direkt benannt würde. Für die Sachverständigen stehen jeweils zwei Minuten zur Beantwortung zur Verfügung. Wir starten mit der SPD-Fraktion, Frau Türk-Nachbaur, Herr Gießmann, Herr Schmid.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Meine Frage richtet sich an Herrn Robbe. Sie sagten, Sie hatten vor Ort Gelegenheit, sich auch als Abgeordneter von den Sorgen und Nöten der Soldatinnen und Soldaten ein Bild zu machen. Da Sie beide Perspektiven mitbringen, würde mich interessieren: Welche Möglichkeiten hatten Sie, die Sorgen und Nöte im Parlament zurück zu spiegeln? An welcher Stelle konnten Sie das tun? Und konnten Sie Sorgen und Nöte oder Unzulänglichkeiten schnell beheben? Oder wie schnell beheben?

SV **Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann**: Ich knüpfe an Herrn Koenigs an, aber vielleicht richtet sich die Frage an Herrn Polenz. Tom Koenigs hat davon gesprochen, dass es nach 2009 die Möglichkeit gab, in Verhandlungen einzuweisen. Das wissen wir auch, es gab die Londoner Konferenz und danach Obamas Ankündigung über den Truppenabzug. Das ist gescheitert oder versandet, nachdem Richard Holbrooke gestorben war. Der entscheidende Punkt dahinter war aber, dass es zwischen dem Pentagon und dem State Department Differenzen gab. Meine Frage ist: Welche Möglichkeiten hatten Sie – oder haben Sie die überhaupt nutzen können –, bei dieser Debatte auf den Kongress einzuwirken, um den Verhandlungsstrang mit den Taliban, der sich entwickelt

hatte, nicht abreißen zu lassen?

Abg. **Christoph Schmid** (SPD): Ich möchte daran anknüpfen und richte mich auch an Herrn Polenz und an Herrn Koenigs. Herr Polenz, Sie haben gesagt, dass es vielleicht ketzerisch klingt, aber ich finde, es trifft des Pudels Kern ganz genau: Was kann die Rolle des Parlaments überhaupt sein? Wir wissen, dass Außen- und Sicherheitspolitik vor allem exekutives Handeln ist. Und vielleicht bewerten Sie beide auch, Herr Polenz und Herr Koenigs, wie die Rolle des Deutschen Bundestags im internationalen Kontext gesehen wird. Sie alle vier haben Andeutungen in diese Richtung gemacht. Wie wird die Mitsprache des Parlaments bei den Verbündeten gesehen? Ist das etwas, was für uns auch exklusiv in Anspruch genommen wird? Danke.

Der **Vorsitzende**: Drei Sachverständige sind direkt angesprochen worden. Herr Koenigs, wollen Sie starten? Dann Herr Polenz und Herr Robbe.

Tom Koenigs (ehem. Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe): Zunächst schließe ich mich dem an, was Herr Nachtwei gesagt hat, dass die Versäumnisse ubiquitär sind. Es gibt aber, da hat meines Erachtens Herr Polenz recht, ein Defizit zwischen dem Bundestag und der Regierung, etwas wie einen Sicherheitsrat, in dem auch diffizile und geheime Sachen oder Wirkungs- und Lageberichte diskutiert werden können. Und ich würde bei Rebus stantibus [gleichbleibenden Umständen] – denn es wird sich ja im Bundestag erstmal nicht viel ändern – dringend empfehlen, bei jedem Mandat bohrend auf die Exit-Strategie zu bestehen. Es wurde immer gefragt, auch in den anderen Parlamenten: Wie kommen wir da heraus? In Mali weiß ich auch nicht, wie wir da herauskommen. Diese Frage wird nicht gestellt, sie muss aber gestellt werden. Sie muss den Militärs gestellt werden, sie muss dem Kongress gestellt werden, den Bündnispartnern. Das ist auch nicht unzüchtig. Ich weiß nicht, wie das im US-Kongress diskutiert wurde. Ich habe das Vergnügen gehabt, zwei Tage mit Herrn Holbrooke durch Afghanistan zu reisen, als er schon in der Opposition war. Da ist eine ganz andere Power dahinter. Das liegt auch an den Persönlichkeiten.



Was kann die Rolle des Parlaments sein? Meines Erachtens kann die Rolle nicht sein, in breite Bündnisse einzugreifen, das Mandat hier oder da zu ändern. Aber ich kann mir doch vorstellen, dass das, was in den vielen Besuchen, in den vielen Analysen zusammengetragen wird, irgendwo offen diskutiert wird. Ich kann mir etwas wie einen Sicherheitsrat nur produktiv vorstellen.

Ich will noch eine Sache sagen. Der Menschenrechtsausschuss war sozusagen in der gesamten Zeit eine „Lame duck“, weil von der CDU eine Rechtsradikale als Sprecherin eingesetzt wurde, Frau Steinbach, die immer schon gesagt hat: Das machen wir nicht. Aber vom Menschenrechtsausschuss hätte man natürlich die Frage der Civilian Casualties ganz deutlich betonen und bohren oder dann auch Leute einladen können. Denn die Ausschüsse haben die Möglichkeit, alle Beteiligten einzuladen. Ich habe noch nie erlebt, dass einer die Einladung ausgeschlagen hätte. Selbst Antonio Guterres war im Ausschuss, er hat allerdings damals über Flüchtlinge geredet. Da würde ich mir wünschen, dass die Ausschüsse etwas selbstbewusster sind. Und dann ihre Mitglieder auch entsprechend konditionieren.

Der **Vorsitzende**: Herr Polenz und dann Herr Robbe.

Ruprecht Polenz (ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses): Die Einwirkung auf Kollegen anderer Parlamente, insbesondere auf den US-Kongress. Man trifft sich auf Sicherheitskonferenzen, man trifft sich bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO. Natürlich tauscht man da auch Einschätzungen aus, wie es weitergehen könnte, wie die Lage ist und wie man sich vorstellt, dass es gehen müsste. Ob das jetzt zu einem unmittelbaren Agieren der Kollegen im Einzelnen – in ihren Möglichkeiten – führte, kann ich nicht sagen. Das habe ich auch nicht nachverfolgen können.

Die zweite Frage: Wie sieht das mit der Rolle der Parlamente international aus? Herr Koenigs hat schon zu Recht gesagt: Deutschland hat eine ziemliche Ausnahmestellung. Und wir haben in der NATO-Parlamentarierversammlung oft zu

hören bekommen, die Bundesregierung versteckt sich hinter den ganzen Caveats, die der Deutsche Bundestag beschlossen hat. Und das war auch ein Teilmechanismus, wie das lief; international wurde das kritisiert. In dem Fall sicherlich zu Unrecht: Ich hatte ja vorhin gesagt, wir konnten die Anträge nicht korrigieren, sondern nur Ja oder Nein sagen. Der Deutsche Bundestag hat durch das Parlamentsbeteiligungsgesetz eine ziemlich starke Kompetenz, die es in anderen Ländern so nicht gibt. Wir haben ja auch lange bei uns diskutiert, ob das nicht durch eine nachträgliche Genehmigung ersetzt werden sollte etc. Diese Diskussion um das Parlamentsbeteiligungsgesetz kennen Sie vielleicht. Und die wird es immer wieder neu geben.

Aber das Ganze gibt mir Gelegenheit, die Sache politisch einzuordnen. Herr Hunke hat mich, glaube ich, missverstanden. Ich habe nicht gesagt, der Deutsche Bundestag sollte da nichts machen. Ich habe gesagt, er kann zustimmen oder ablehnen. Aber es ist doch völlig klar, wenn eine Regierung im Parlament einen Antrag für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte in X stellt, und der Antrag fällt durch, dann kann die Regierung am nächsten Tag zurücktreten. Und weil sie das weiß, wird sie sich vorher vergewissern, dass die Regierungsfaktionen es abdecken oder nicht. Sonst würde sie den Antrag gar nicht stellen. Insofern habe ich, denke ich, ein etwas realistischeres Bild von der Bundestagsarbeit, als es in Ihrer Frage anklang.

Reinhold Robbe (ehem. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Zur Frage nach der Umsetzung der Erkenntnisse, die die Abgeordnete erhalten, jetzt in meinem speziellen Fall: Ich würde auch in der Funktion unterscheiden, in der man jeweils die Einsatzgebiete, in diesem Fall Afghanistan, besucht hat. Wenn es Delegationen des Bundestages waren, dann waren es nach meiner Einschätzung meistens ganz praktische Dinge, die man aufgenommen hat. Wenn es um Ausstattungsmängel ging oder um sonstige offensichtliche Themen, die man aufgreifen konnte, die dann auch in die konkrete Ausschussarbeit mitgenommen wurden und die vielleicht mit einem Anruf geändert, beziehungsweise verbessert werden konnten. Eine andere Sichtweise ergibt



sich natürlich für den Wehrbeauftragten, der über mehr Möglichkeiten verfügt. Er kann wesentlich intensiver hinter die Kulissen schauen, sich ein wesentlich besseres Bild vom tatsächlichen Zustand in den Einsatzgebieten machen und kann vor allen Dingen offene Gespräche in Einzelgesprächen führen, ohne dass ein Disziplinarvorgesetzter dabei ist.

Und diese Erkenntnisse, die ich zu dieser Zeit gewonnen habe, flossen selbstverständlich in die Arbeit ein. In der Weise, dass man entweder den Ausschussvorsitzenden informierte, der natürlich originär der erste Ansprechpartner ist. Oder wenn es um bestimmte konkrete Punkte ging, habe ich auch oftmals zum Telefonhörer gegriffen und das Einsatzführungskommando gebeten, Dinge abzustellen oder zu verändern. Auch wenn es um personelle Dinge ging, gab es diverse Gelegenheiten und auch Instrumente, um den Soldatinnen und Soldaten zu helfen. Natürlich ging es auch um kritische Punkte, die man nicht so ohne weiteres thematisieren konnte. Da habe ich nicht selten im Einzelfall die Soldaten aufgefordert, von sich aus Eingaben an den Wehrbeauftragten zu richten, damit ich einen Vorgang hatte, der dann auch entsprechend verfolgt werden konnte.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Für die CDU/CSU-Fraktion Herr Vollmer, Frau Zeino und Herr Beyer.

SV Jörg Vollmer: Danke, Herr Vorsitzender. Herzlichen Dank für die Beiträge. Ein Punkt, der mich umtreibt, ist der ressortübergreifende Ansatz. Wir reden über die zukünftige Ausgestaltung des vernetzten Ansatzes – insofern über das Lernen. Wir haben viel über die Mandate gesprochen. Das Mandat war aber immer nur auf den militärischen Einsatz konzentriert. Warum gab es kein Mandat oder etwas Begleitendes, das ressortübergreifende Ziele, Zwischenziele und Evaluierungen setzte? Wir haben es im Einsatz erlebt: Es gab von jedem beteiligten Ministerium getrennte Weisungen, bei denen man das Gefühl hatte, dass sie nicht immer abgestimmt waren. Meine Frage, insbesondere an Sie, Herr Polenz: Der Nationale Sicherheitsrat, den Sie angesprochen haben, ist sicherlich das Gremium von ganz oben, aber zum Beispiel die Staatssekretärsrunde

darunter würde das nicht ersetzen. Was ist Ihre Empfehlung für die Zukunft, wie man das ändern kann?

Sve Dr. Ellinor Zeino: Vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Herrn Koenigs und bezieht sich auf Ihre Stellungnahme. Dort hatten Sie erwähnt, dass die Informationslage im sicherheitspolitischen Bereich eher dünn war. Woran lag das? Lag das an fehlendem Interesse oder wurde unter Umständen geblockt? Und was würde Ihrer Meinung nach heute und in Zukunft den Abgeordneten bei der Entscheidungsfindung helfen?

Und eine Frage hinsichtlich der Formate: Welche Formate und Inhalte brauchen Sie? Stichwort ereignisorientierte Lageanalysen, was Herr Nachtwei ansprach. Ich denke, dass man vielleicht davon wegkommen muss. Es fehlen eventuell auch lokale Diskursanalysen, sowohl die sozialen politischen Diskurse von vor Ort als auch insbesondere die religiös islamistischen Diskurse in Afghanistan. Was brauchen Sie für eine fundierte Entscheidungsfindung? Danke.

Abg. Peter Beyer (CDU/CSU): Dann knüpfe ich noch mal an. Stichwort Wissen und Wissensmanagement: Im Laufe des Einsatzes ist auch auf parlamentarischer Seite bei den einzelnen Mitgliedern der Ausschüsse einiges an Wissen angehäuft worden. Dann kommt die Zäsur, die es in aller Regel alle vier Jahre gibt, das ist die Bundestagswahl. Was ist mit dem Wissen geschehen, das erarbeitet wurde, auch in den Ausschüssen? Deswegen an Herrn Polenz die Frage, aber auch an die anderen: Wie wurde das weitergetragen? Gab es eine Zäsur, oder konnte man weiter mit dem vorhandenen Wissen arbeiten? Und konkretisierend zur Frage, die Herr Vollmer gestellt hat: Herr Polenz, Sie hatten einen allgemeinen Sicherheitsausschuss als eine Art Spiegelbild eines nationalen Sicherheitsrats erwähnt. Vielleicht könnten Sie dazu etwas näher ausführen? Danke.

Der Vorsitzende: Herr Polenz und Herr Koenigs sind direkt angesprochen. Dann müssen wir bei Herrn Robbe und Herrn Königshaus sehen, ob Sie noch ergänzen wollen.



Ruprecht Polenz (ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses): Ich glaube wirklich, dass die Frage nach dem ressortübergreifenden Vorgehen eine Schlüsselfrage für die Enquete-Kommission ist und darauf eine Antwort erwartet wird. Und ich erinnere mich, Winnie Nachtwei: Wir hatten das Militär im Fokus, das spiegelte sich im Mandat und den Diskussionen im Verteidigungsausschuss wider. Wir hatten in gewisser Weise auch das, was in der Entwicklungshilfe passiert, im Fokus. Das war schon schwieriger, weil da 1.000 NGOs beteiligt waren und das Ministerium auch nicht genau wusste, was die jeweils machten.

Was wir aber meiner Meinung nach überhaupt nicht im Fokus hatten, waren die politischen Entwicklungen in der Region und im Land. Diesbezüglich haben wir keine Berichte bekommen und das hat auch in Analysen keine Rolle gespielt. Wenn man sich fragt, warum alles letztlich nicht so erfolgreich ist, wie wir uns das erhofft haben, liegt das aus meiner Sicht auch an einem Grund: Man hat politisch so gehandelt, wie man oft handelt, wenn man sagt: Ich habe nur einen Hammer, dann hat jedes Problem auch einen Nagel. Natürlich ist es viel schwieriger, diese politischen Lageanalysen zu machen und zu schauen: Wie sind die Verbindungen der Taliban nach Pakistan? Welche Rolle spielt Indien, vor allem auch vor dem Hintergrund des pakistanischen Agierens in Afghanistan? Das sind alles Fragen, die eigentlich politisch auf der Hand liegen, die aber in der operativen Afghanistandiskussion praktisch keine Rolle gespielt haben. Und wie man das übersetzen würde? Es ist schwierig, das alles zu kondensieren und dann auch noch einen Bündniseinsatz national zu diskutieren, damit jeder das Lagebild des Bündnisses hat. Das ist schon eine Herausforderung.

Und ich glaube tatsächlich, dass man stehende Strukturen braucht. Deshalb geht aus meiner Sicht, wenn man das wirklich will, an einem Bundessicherheitsrat nichts vorbei. Und da habe ich mir überlegt: Was macht dann das Parlament? Also wenn die weiter in ihren Ausschüssen bei diesen Fragen in der Säule bleiben, dann hilft auch der Sicherheitsrat jedenfalls dem Bundestag nicht viel. Deshalb kam ich auf diese Idee: Dann

muss es einen allgemeinen Sicherheitsausschuss des Deutschen Bundestages geben, zusammengesetzt aus Mitgliedern der zu beteiligenden Ausschüsse nach erweitertem Sicherheitsbegriff. Und natürlich im Verhältnis der Fraktionen, und alles, worauf man dabei in der Parlamentsarbeit Rücksicht nehmen muss. Aber ich befürchte – da bin ich auch Realist – ein Zuständigkeitsgerangel. Das habe ich auch bei anderen Fragen zwischen Ausschüssen erlebt. Das würde einen großen Kraftakt bedeuten. Aber wenn die Enquete-Kommission massiv auftritt, könnte es vielleicht helfen.

Der Vorsitzende: Es waren aber in Afghanistan mindestens sieben Ressorts gefordert, oder? Es waren ja nicht nur das Verteidigungsministerium und das Auswärtige Amt.

Ruprecht Polenz (ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses): Klar, vor allen Dingen waren, wenn Sie es genau nehmen, auch noch 16 Bundesländer beteiligt, da beim Polizeieinsatz auch sie noch einzubeziehen waren.

Der Vorsitzende: Herr Koenigs.

Tom Koenigs (ehem. Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe): Ich unterstütze das, was Herr Polenz über die Möglichkeiten gesagt hat, die Lage strukturell zu verbessern. Die Formate, die wir in den Ausschüssen haben, lassen sich natürlich sehr unterschiedlich bearbeiten. Im Verteidigungsausschuss mit dem parlamentarischen Staatssekretär Kossendey bekam man als bohrende Opposition auf jede Frage eine Antwort. Das war eine sehr produktive Diskussion. Wir müssen uns an die eigene Nase fassen, dass wir unter Umständen nicht genug gefragt haben. Er war auch bereit, einzelne vertrauliche Informationen zu geben, wenn es notwendig war. Dagegen war der Menschenrechtsausschuss völlig blockiert. Da war es überhaupt nicht möglich, irgendetwas zu erfahren. Da geht noch nicht mal ein Regierungsvertreter hin. Dann war eine Zeitlang Herr Kampeter dabei, der sagte: Wieso lasst Ihr Euch das gefallen, dass bei den Ausschusssitzungen kein Regierungsvertreter da ist?



Aber zur Frage, wo eigentlich das ganze Wissen geblieben ist: Es gab jetzt vor kurzem eine hervorragende Analyse des Afghanistan-Komplexes vom Wissenschaftlichen Dienst. Ich glaube, der Wissenschaftliche Dienst wird unternutzt. Da gibt es Kräfte bzw. man kann im Zusammenhang mit so einem Einsatz Kräfte mobilisieren. Ein weiteres: Der amerikanische Kongress bedient sich der Weisheit von Think Tanks. Wir haben die auch, beziehen sie aber nicht ein. Hier in der Enquete-Kommission tun wir das in gewisser Weise zum ersten Mal. Aber es gab eine Reihe von internationalen Afghanistan-Experten, die wir nicht hinreichend einbezogen haben.

Das Letzte, was ich noch einmal sage: Man lernt aus den Einsatzerfahrungen, dass es eine Einsatzstrategie und eine Exit-Strategie geben muss, und zwar in jedem Moment. Und jetzt ist die Frage in Mali: Wie kommen wir da heraus? Aus Afghanistan sind wir schlecht herausgekommen, und wir haben immer noch nicht aufgearbeitet, dass die Ortskräfte, die uns geholfen haben, nicht aus Afghanistan rauskommen. Da geht nichts voran, das geht viel zu langsam. Das ist auch ein Spiegelbild unserer falschen Struktur oder unserer Blindheit auf mehreren Augen.

Der **Vorsitzende**: Herr Königshaus, Herr Robbe, möchten Sie ergänzen?

Hellmut Königshaus (ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Zum letzten von Herrn Koenigs angesprochenen Punkt: Es ist für mich unbegreiflich und schändlich, wie wir mit den Ortskräften bis heute umgehen. Und damit meine ich nicht nur diejenigen, die unsere Bundeswehrsoldaten unterstützt haben, sondern auch die, die für die NGOs hilfreich waren. 2015 konnte hier jeder, der Deutschland betreten hat, Asyl beantragen. Unsere Leute, denen wir das Leben unserer Soldaten und unserer Mitarbeiter anvertraut haben, mussten Fragebögen ausfüllen und dort individuell beweisen, dass sie gefährdet sind. Und das wurde dann von Deutschland aus beurteilt. Das war völlig inakzeptabel. Und ich bin der jetzigen Außenministerin sehr dankbar, dass sie dieses Thema noch einmal aufgegriffen hat.

Der zweite Punkt, um den es in dem Zusammenhang geht: Es wurde auch darüber gesprochen, welches Wissen überhaupt gesammelt wurde. Ich habe überhaupt nicht verstanden, warum es angenommen wurde, dass die Rules of Engagement vor den Mandatsentscheidungen nicht allen Abgeordneten, die darüber entschieden haben, zugänglich gemacht wurden. Ich hoffe, das ist inzwischen der Fall. Und ich habe mich immer gefragt, wie eine solche Beschränkung möglich ist. Wir haben das bei uns in der Fraktion – in der Zeit, als ich Abgeordneter, nicht Wehrbeauftragter war – so gehandhabt, dass man dort eine Vertrauensbasis geschaffen hat, gesagt hat, das geht schon in Ordnung. Das waren eingestufte Informationen, die man nicht einfach weitergeben konnte. Aber das ist nicht überzeugend für einen Abgeordneten, der die Hand hebt und Menschen in einen militärischen Einsatz schickt. Deswegen glaube ich, dass es an der Stelle schon wichtig wäre, dass nicht Hunderte Abgeordnete aus den unterschiedlichen Ausschüssen beteiligt sind, sondern dass ein gemeinsamer Unterausschuss mandatsbegleitend eingesetzt wird, der diese Dinge verfolgt und in dem Wissen aufbewahrt und weitergegeben werden kann.

Der **Vorsitzende**: Herr Robbe.

Reinhold Robbe (ehem. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Zu der Frage von Herrn Beyer, die aus meiner Sicht nicht unwichtig ist. Wenn man die Frage nüchtern betrachtet, ist die physische Wissensbasis, zum Beispiel im Verteidigungsausschuss, ein Wortprotokoll, in dem alles festgehalten ist, was verhandelt und besprochen wird. Man könnte sagen, wir haben eine Basis. Allerdings wird darauf nicht oder nur in den seltensten Fällen zurückgegriffen. Meistens, wenn Dinge passiert sind oder Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden, dient das als eine vernünftige Grundlage. Die tatsächliche Wissensbasis sind jene Abgeordneten, die Wissen über viele Jahre und mehrere Wahlperioden hinweg selber angesammelt und dokumentiert haben und dann in der Lage sind, die Dinge insgesamt zu betrachten und sich eine Meinung dazu zu bilden. Aus meiner Sicht gehört Herr Nachtwei zu den Abgeordneten, die sich an der Stelle wirklich unheim-



liche Verdienste erworben haben. Insbesondere mit Blick auf den Afghanistan-Einsatz hätten wir viele Erkenntnisse nicht gewonnen, wenn er nicht immer wieder mit seinen Spezialberichten in der Lage gewesen wäre, die Dinge zu erklären und zu bereichern. Dafür an dieser Stelle meinen herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dran mit Frau Mielke und Herr Krämer.

SVe **Dr. Katja Mielke**: Herzlichen Dank für diesen wertvollen Input, gerade als Wissenschaftlerin bin ich nicht so vertraut mit den Parlamentsabläufen. Ich habe folgende Frage: Inwiefern hatten Sie in der Vergangenheit auch Gelegenheit, oder gab es überhaupt Bemühungen, die Bedarfe und Interessen der afghanischen Bevölkerung im Gegensatz zu den Eliten, die als Partner auserwählt waren, zu erfragen und zur Kenntnis zu nehmen?

Wir haben schon oft gehört, dass es Kohärenzdefizite im internationalen Engagement gab. Hier wäre meine Frage: Gab es in den verschiedenen Ausschüssen eine Reflexion darüber, inwiefern das internationale Engagement integriert vorgeht, welche Defizite es dort gibt und wo eventuell nachgesteuert werden müsste?

Als letztes: Wir haben jetzt vier Abgeordnete mit Ideen gehört, wie künftig welches Gremium hier Abhilfe schaffen könnte. Wären diese Gremien in der Lage, die Nachfragen zu stellen, die ich gerade angesprochen habe? Danke.

Abg. **Philip Krämer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Herr Königshaus, Sie haben gesagt, und dem würde ich mich anschließen, dass der zivile und militärische Anteil klar voneinander getrennt waren. Es gab dort keine Vernetzung. Wie haben Sie angesichts dessen damals den Begriff des vernetzten Ansatzes diskutiert? Und wie ist die Diskussion darüber überhaupt zustande gekommen, wenn er gar nicht angewendet wurde?

Der **Vorsitzende**: Es sind alle vier angesprochen, starten wir wieder in gleicher Reihenfolge?

Tom Koenigs (ehem. Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe): Zur Gelegenheit, Informationen zu bekommen. Während meiner Zeit im Bundestag habe ich mir immer die UNICEF-Informationen geben lassen. Wenn Sie in die Berichte der UN Funds und Agencies reingingen, die alle vor Ort sind, übrigens auch heute noch, bekamen Sie ein viel besseres Bild, als es der große Apparat des Bundestages bereitstellte.

Oft brachten die Besucher, die in Afghanistan waren, ein anderes Bild mit. Ich erinnere daran, dass Kurt Beck, damals Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und SPD-Vorsitzender, nach Afghanistan kam. Wir diskutierten zwei Stunden darüber, ob und wie man mit den Taliban verhandeln sollte. Dann ist er nach Deutschland zurückgekommen und wurde über Wochen nur kritisiert, obwohl er völlig richtig gesehen hat, dass sich die Situation ohne Verhandlungen nicht lösen ließ.

Man war hier nicht in der Lage, einen Input von außen mit einzubeziehen – in dem Fall von den Vereinten Nationen, bei denen ich damals zufällig war. Ich glaube, die Offenheit gegenüber Wissenschaftlern und Experten ist im amerikanischen Kongress größer, da kann man etwas nacharbeiten.

Wenn Sie jetzt fragen, was Gremien konkret machen können: Der [Nationale] Sicherheitsrat ist immer ein Thema, aber ich glaube, schon mit den bestehenden Mitteln kann man sehr viel machen. Der Wissenschaftliche Dienst ist eines der unternutzten Mittel.

*[Die stellvertretende Vorsitzende
Serap Güler, MdB, übernimmt den Vorsitz.]*

Die **Vorsitzende**: Bitte, Herr Königshaus.

Hellmut Königshaus (ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Zur Frage des vernetzten Ansatzes. Ich habe damals immer wieder angesprochen, dass wir faktisch keinen vernetzten Ansatz haben. Insbesondere im Entwicklungsbereich hat man versucht, größtmöglichen Abstand zum militärischen Teil zu halten. Folglich sind wir



nicht wie die Amerikaner vorgegangen. Die arbeiteten nach einem dreistufigen System der Entwicklungszusammenarbeit. Priorität hatte das, was ihnen auch an anderer Stelle nutzte. Das zweite Level war ganz allgemein entwicklungs- politisch und ethisch, und ein drittes Level wurde eher vernachlässigt. Das hatten wir nicht, weil wir eben von vornherein diese beiden Dinge trennen wollten, obwohl wir von Vernetzung sprachen. Wir haben deshalb auch die vergleichsweise wenigen Mittel, die wir hatten, über das ganze Riesenland verstreut. Und nicht so konzentriert, dass man diesen Zusammenhang zwischen unserer militärischen Komponente und der Entwicklungs- komponente auch wahrnehmen konnte. Und wenn, dann war sie obendrein auch nur auf ganz bestimmte Bereiche konzentriert.

Wenn man die traditionellen Strukturen verän- dern will, die gegen die bis dahin geübte, aus unserer Sicht unwürdige Praxis gegenüber Frauen und Mädchen verstießen, dann muss man aber überzeugen. Rupert Neudeck hat mit den Grün- helmen gezeigt, wie das geht. Der sprach vor Ort erst mit den Geistlichen. Wenn die Geistlichen davon überzeugt waren, dass es für die Gesell- schaft insgesamt, aber auch für die Männer ver- nünftig ist, wenn Frauen und Mädchen ausge- bildet werden, funktionierte das auch. Die Frauen haben dort zum Beispiel an der Adenauer Schule gesagt: Wenn unser Mullah seine Zustimmung gibt, dann ist das auch in Ordnung. Und so gingen morgens die Jungs, nachmittags die Mädchen und abends die Frauen zur Schule. Das war die Heran- gehensweise, die auch gewirkt hat. Aber die Grün- helme allein konnten das nicht. Dass man erstmal mit denen spricht, deren Wirken man verändern will, haben wir nach meiner Beobachtung nie ge- macht. Und deswegen ist es auch schiefgegangen.

Die **Vorsitzende**: Herr Polenz.

Ruprecht Polenz (ehem. Vorsitzender des Aus- wärtigen Ausschusses): Zur Frage, ob wir direkte Austauschmöglichkeiten hatten. Es gab ganz unterschiedlich zusammengesetzte Delegationen aus Afghanistan, die zu Stiftungen, zum Parla- ment kamen. Da konnte man miteinander spre- chen. Ich selber habe Minister Jung einmal auf einer Reise nach Afghanistan begleitet. Er führte

Gespräche in Faizabad, und so hatten wir Abge- ordneten Zeit, sind zu den Dorfältesten geführt worden und haben dann mit ihnen sprechen können. Und ich habe noch gut in Erinnerung, dass die uns gesagt haben: Wir brauchen das, wir brauchen das, wir brauchen das, Brunnen, Brücken, et cetera. Auf den Hinweis, dafür hätten sie jetzt ihren Gouverneur und er hätte auch die Mittel, sagten sie: Nein, der Gouverneur macht das nicht und Kabul ist weit weg, aber Ihr seid hier und sollt es machen. Da war sehr stark die Erwartung, dass die Deutschen das machen müs- sen, weil der afghanische Staat und die Verwal- tung das nicht schaffen. Und da ich mit Robert Neudeck befreundet war, hatte ich selber noch mittelbaren Kontakt und er teilte seine Erfahrung darüber, wie beispielsweise die Dörfer am Schul- bau beteiligt wurden, et cetera.

Zum internationalen Engagement: Das war eigent- lich ganz gut überlegt. Die Amerikaner waren für die Armee zuständig, die Briten für die Drogenbe- kämpfung, die Italiener für die Justiz – ganz be- sonders wichtig, weil die Taliban wegen der Justiz eine relativ starke Stellung in der Bevölkerung hatten. Japan sollte sich um die Entmilitarisierung kümmern – Stichwort Warlords und Waffen – und Deutschland um die Polizei. Und wenn ich das jetzt alles aufzähle, merkt jeder, der zuhört, dass das alles nicht erfolgreich war. Wir haben das deutsche Engagement genauer verfolgt und nach längerer Zeit festgestellt, dass sich das deutsche Polizeiausbildungsmodell nicht auf Afghanistan übertragen lässt. Man hätte möglicherweise an- dere Curricula entwickeln müssen.

Und die letzte Frage: Würde ein Sicherheitsaus- schuss des Bundestages damit besser umgehen können? Das glaube ich schon. Er könnte mit Unterausschüssen entsprechend der einzelnen Mandate arbeiten – zum Beispiel einem Mali- Unterausschuss –, die sich dann arbeitsteilig richtig vertiefen und sich mit den einzelnen Mandaten beschäftigen. Herr Königshaus hat schon gesagt, welche Informationsrechte der Ausschuss hätte etc. Etwas Besseres ist mir nicht eingefallen, aber ich glaube, das wäre im Verhält- nis zum Status Quo schon ein deutlicher Fort- schritt.



Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Robbe.

Reinhold Robbe (ehem. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Es wurde nach den Erkenntnissen beim Besuch in den Einsatzgebieten gefragt. Wenn Einsatzkontingente besucht wurden, waren nicht nur die originären Themen deutscher Politik oder der Bundeswehr im Verteidigungsausschuss auf der Agenda, sondern immer auch die Situation im Land insgesamt. Insbesondere die Sicherheitslage und auch die Situation in der Region, in unseren Zuständigkeiten im Norden Afghanistans waren Thema. Meistens waren auch landeskundliche Experten vor Ort, die einen umfassenden Einblick in die jeweilige aktuelle Stimmungslage der Bevölkerung geben konnten. Das spielte selbstverständlich auch für die Soldatinnen und Soldaten eine Rolle, die jeden Tag Kontakt mit der Zivilbevölkerung hatten. Und es war von erheblicher Bedeutung für die Beurteilung der Sicherheitslage. Welche Informationen man bekam, hing aber auch von jedem einzelnen Abgeordneten selber ab, inwieweit das Interesse vorhanden war, nachzufragen, sich auch mit NGOs vor Ort zusammzusetzen und sich ein Bild zu machen, um diese Erkenntnisse entsprechend aufzunehmen und zu verarbeiten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, dann kommen wir zur AfD-Fraktion.

Abg. **Joachim Wundrak** (AfD): Vielen Dank an die Gäste für die offenen Worte. Ich will gleich anschließen. Herr Robbe, erste Frage an Sie: Sie haben kritisiert, dass geschönte Bilder erzeugt und transportiert werden. Können Sie vielleicht nochmal ausführen, auf welchen Ebenen Sie das festgestellt haben, auf der politischen, einschließlich Fraktionsebene, Regierungsebene? Auch in den Ressorts BMVg und AA oder auch in den Kontingenten? Wenn sich das so durchzieht, wie ich das entnommen habe, könnte man das fast als eine Verschönerungskultur bezeichnen. Wenn Sie dem zustimmen könnten, wäre ich auch an Ihrem Rat interessiert, wie man diese Kultur durchbrechen könnte.

Eine Frage an Herrn Polenz. Dabei schließe ich an

das an, was Herr Nachtwei deutlich eingefordert hat: die Wirksamkeitskontrolle. Sie hatten auch die Evaluierung angesprochen und das als Aufgabe der Exekutive bezeichnet. Andere, und das klang eben auch schon an, gehen den Weg, die unabhängige Evaluierung zu suchen. Man könnte also den wissenschaftlichen Bereich der Hochschulen nutzen oder die Institute, die wir haben. Vielleicht können Sie dazu noch einmal Stellung zu nehmen. Vielen Dank.

SV **Reiner Haunreiter**: Meine Frage geht an alle vier. Welche Möglichkeiten sehen Sie für den Bundestag, die Ressorthoheit oder die Ressortegoismen stärker einzuzugrenzen oder gegebenenfalls zu kontrollieren?

Die **Vorsitzende**: Herr Robbe, fangen Sie an?

Reinhold Robbe (ehem. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Zunächst zur Frage von Herrn Wundrak bezüglich der Selbstdarstellung der Bundeswehr insgesamt und der Wahrnehmung der politisch Verantwortlichen, aber letzten Endes auch durch die Öffentlichkeit. Es ist kein Geheimnis, dass sich die Bundeswehr – das gilt im Übrigen für jede andere große Institution – natürlich gerne von der besten Seite zeigt, das heißt, alles Positive in den Vordergrund stellt und ungern über Defizite und Dinge redet, die nicht in Ordnung sind. Das ist sogar nachvollziehbar. Aber in den Einsätzen spielt diese Darstellung der Situation, der Lage, natürlich eine ganz andere Rolle, als wenn man irgendeinen Standort der Bundeswehr in der Bundesrepublik besucht und sich dort ein Bild verschafft. Im Einsatz geht es auch um die Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten und um die vielen Fragen, die damit in Zusammenhang stehen. Und deswegen war es für mich ein Erkenntnisgewinn, als ich in die Funktion des Wehrbeauftragten kam, da ich dann andere Möglichkeiten hatte – ich habe das vorhin kurz ausgeführt –, um mir in Abwesenheit von Disziplinarvorgesetzten ein Bild zu verschaffen. Und ich konnte die Themen angehen, weil ich Eingaben von Soldatinnen und Soldaten bekommen oder sonstige Erkenntnisse gewonnen hatte. Ich wollte Antworten auf meine Fragen haben und bekam die auch. Wenn nicht sofort, dann im



Zusammenhang mit entsprechenden angestellten Untersuchungen.

Was die Selbstdarstellung des vernetzten Einsatzes angeht, kann ich für mich nur feststellen, dass dies in Afghanistan zu Beginn – das mögen aber andere noch beurteilen – zunächst überhaupt nicht funktionierte. Das heißt, man bekam separat Berichte vom Auswärtigen Amt, vom zuständigen Kommandeur der Bundeswehr und vom BMZ. Die hatten mit der Realität relativ wenig zu tun. Das hat sich aber im Laufe der Zeit wesentlich verbessert. Und mit zunehmender Intensität der Gefechte und mit einer Verschlechterung der Sicherheitssituation in Afghanistan spielten diese Fragen nach meinem Erkenntnisstand zum Schluss dann in den Jahren 2008, 2010 eine eher untergeordnete Rolle. Da stand die Sicherheitslage der Soldatinnen und Soldaten absolut im Vordergrund.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Polenz.

Ruprecht Polenz (ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses): Die Frage nach der unabhängigen oder nicht unabhängigen Wirksamkeitskontrolle. Wichtig wäre mir erstmal festzulegen, was man von einer Wirksamkeitskontrolle erwarten sollte. Es geht nicht nur darum, quantitativ berichtet zu bekommen, wir wollten X Schulen bauen, wir haben Y Schulen gebaut, sondern auch zu hören, wie sie genutzt werden. Werden die Lehrer bedroht? Gehen auch Mädchen in die Schule et cetera? Das heißt, man braucht eine qualitative Evaluierung. Wenn Sie sich die Afghanistan-Berichte der Bundesregierung anschauen, finden Sie ganz viele Zahlen, aber wenig qualitative Bewertung. Das ist schwer zu ersetzen. Man kann darum auch Think Tanks bitten. Denn als Abgeordneter nimmt man natürlich wahr, dass so ein Einsatz von vielen beobachtet wird. Das kann man sich angucken und daraus Fragen an die Regierung formulieren. Aber letztlich würde ich von der Regierung erwarten, dass sie selber die geeigneten Evaluierungsinstrumente nutzt, um ihre Maßnahmen jeweils zu adjustieren. Wie soll das sonst funktionieren?

Eine unabhängige Evaluierung durch das Parla-

ment? Ich weiß, manche Länder haben das gemacht. Man kann das vielleicht versuchen, aber ich persönlich glaube, das Parlament ist besser beraten, wenn es die Regierung mit seinen Fragen zu einer qualitativen Evaluierung nötigt und sagt, wir wollen alle halben Jahre einen Evaluierungsbericht haben. Das wird dann von der Regierung auch gemacht.

Zu den Ressortegoismen und wie man das überwinden kann. Das Verhältnis Auswärtiges Amt, Verteidigungsministerium und Entwicklungsministerium ist schon mehrfach angesprochen worden. Nehmen wir BMZ und AA: Das Entwicklungsministerium hatte viel mehr Geld als das AA zur Verfügung. Und Herr Steinmeier – es ist jetzt auch kein Geheimnis, dass er sich mit Ministerin Wieczorek-Zeul nicht so gut verstand – hat erbittert darunter gelitten, dass er wegen ein paar Millionen immer bei Frau Wieczorek-Zeul vorbeigehen musste, um an irgendeiner Ecke etwas zu machen, das außenpolitisch sinnvoll war. Wenn man solche Dinge überwinden möchte, braucht man ein Entscheidungsgremium, das die Ressorts einbindet und an gemeinsame Entscheidungen bindet. Darum geht es. Es hat sich inzwischen etwas geändert: Wir denken die Entwicklungshilfe heute nicht mehr mit mindestens 20 Kilometern Sicherheitsabstand zur Bundeswehr, aber damals war das so. Auch die NGOs haben aus ihrem eigenen Selbstverständnis gesagt, dass sie mit der Bundeswehr nichts zu tun hatten, dass sie ganz woanders waren als die Bundeswehr. Ich glaube, für solche Einsätze in der Zukunft wäre es besser, wenn wir unsere Kräfte bündeln und alles, was wir haben, dann gemeinsam auf den Punkt fokussieren, an dem wir Erfolg haben wollen.

*[Der Vorsitzende Michael Müller, MdB,
übernimmt den Vorsitz.]*

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, dann Herr Koenigs und Herr Königshaus. Sie sind beide noch angesprochen worden. Bitte, Herr Königshaus.

Hellmut Königshaus (ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Ressortegoismen sind da, weil das dem Selbstverständnis der jeweiligen



Häuser und der Akteure entspricht. Trotzdem brauchen wir eine kohärente Herangehensweise schon vor der Mandatserteilung – ich bin dankbar, dass Herr Polenz das genauso sieht. Da muss drinstehen, was getan werden soll. Das kann man dann überprüfen. Wenn man das offen lässt, wird das unterschiedlich entschieden, weil das Parlamentsbeteiligungsgesetz nur den militärischen Teil betrifft. Das muss auch geändert werden. Wenn ich will, dass etwas vernetzt wird, dann muss ich das Netz beschreiben, das ich haben will. Das ist nie passiert.

Was den Einsatz der Polizei angeht: ein großes Lob an Berlin. Ich landete mehrfach in Kunduz und traf auf den Berliner Innensenator, der – an der Größe Berlins gemessen – immer ein wirklich signifikantes Kontingent geschickt hat.

Die Schönfärberei beginnt übrigens bereits mit der Bezeichnung der PRTs als Reconstruction Teams. Die sollten keine Reconstruction machen, sondern es waren die militärischen Quartiere. Schon damit wurde eine Beschönigung der ganzen Situation betrieben.

Das muss für die Zukunft ausgeschlossen werden. Der einzelne Abgeordnete muss entweder diesen vernetzten Ansatz durch Ausschüsse oder Unterausschüsse beschreiben können. Oder aber man kann es auch gleich bleiben lassen, dann kann der Abgeordnete nämlich nicht darüber entscheiden.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt Herr Koenigs.

Tom Koenigs (ehem. Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe): Ich will nur noch hinzufügen, dass die Afghanen eine sehr hermetische Gesellschaft sind, was man nicht gleich sieht. Zum Beispiel hat man das Wiedererstarken oder das dauerhaft starke ideologische Engagement der Taliban in der Bevölkerung nicht gesehen. Und es gibt weiße Flecken in der Afghanistan-Bearbeitung. Ein weißer Fleck ist zum Beispiel, warum die Russen eigentlich gescheitert sind. Die haben Afghanistan besetzt – zwar nicht so massiv wie ISAF – und sind rausgeworfen worden, mit Unterstützung von außen – USA und so weiter. Sie hatten aber auch

ein Entwicklungskonzept. Wenn wir in der Zeit, in der wir da waren, eine Ärztin getroffen haben, dann hat sie mit Sicherheit im Bildungssystem der Sowjetunion studiert. Da gibt es Erfahrungen. Die haben wir nie zur Kenntnis genommen. Aus unsererseits, meines Erachtens, ideologischen Gründen, weil das nicht gewünscht war. Die geschichtliche, wissenschaftliche Aufarbeitung fehlte, warum Afghanistan ein Land ist, das nie besetzt worden ist, auch von uns nicht. Das ertragen sie nicht. Man hätte sich sagen können: Ein Land erträgt 20 Jahre Besetzung nicht – und am allerwenigsten Afghanistan.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion Frau Geis, Herr Ramms, Herr Gerschau.

SV Prof. Dr. Anna Geis: Vielen Dank an Sie alle. Ich habe eine Frage, die nicht an jemanden spezifisch gerichtet ist. Wir interessieren uns dafür, wie der Einsatz, das Engagement insgesamt bei den deutschen Wählerinnen und Wählern in der Bevölkerung vermittelt wurde. Diese Beziehungen des Parlaments haben wir noch gar nicht beleuchtet. Wir haben oft über Projekte gesprochen, die einen sehr langen Atem, das heißt mehr als 20 Jahre Engagement brauchen. Wie kann man so etwas Wählerinnen und Wählern vermitteln, die Fortschritte nicht unbedingt nachvollziehen können? Was müsste sich vor dem Hintergrund der Afghanistan-Erfahrung in der Kommunikation von Abgeordneten mit ihren Wählerinnen und Wählern verbessern? Danke schön.

SV Egon Ramms: Herr Koenigs, ich freue mich, Sie wiederzusehen. Das letzte Mal war kurz vor Weihnachten im Jahr 2007 in Kabul, kurz bevor Sie Afghanistan verließen. Es gab damals die Initiative, über die wir beide sprachen und die von Ihrem damaligen Stellvertreter Chris Alexander weitergeführt wurde, nämlich eine Arbeitsgruppe mit der afghanischen Regierung, mit UNAMA, mit ISAF und NATO-Headquarters JFC Brunssum sowie einigen Ressorts der afghanischen Regierung einzurichten. Wissen Sie die Hintergründe, warum das etwa ab Februar, März 2008 versandet ist?

Sie haben vorhin gesagt: Exit-Strategie ist eine



Frage, die den Militärs gestellt werden muss. Ist meine Aussage, dass es auch eine politische Aufgabe ist, diesen Auftrag zu erteilen, dann möglicherweise vielleicht die richtigere? Danke.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Herr Polenz, wie würden Sie sich rückblickend eine optimale Kommunikationsstrategie für einen Einsatz wie in Afghanistan vorstellen? Und wie haben Sie damals die mediale Berichterstattung im Vergleich zu den Informationen wahrgenommen, die Ihnen im Auswärtigen Ausschuss über den Afghanistan-Einsatz zur Verfügung standen?

Der **Vorsitzende**: Herr Robbe. Möchten Sie etwas dazu sagen?

Reinhold Robbe (ehem. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Ich möchte gerne eine aus meiner Sicht sehr wichtige Frage aufgreifen, nämlich was die Kommunikation zwischen Abgeordneten und der Bevölkerung, bzw. dem Deutschen Bundestag und den Menschen, die den Bundestag wählen, angeht. Da habe ich eine relativ nüchterne Einstellung. Als Fachpolitiker im Verteidigungsausschuss habe ich festgestellt, dass sich zumindest seinerzeit kaum jemand außerhalb des Verteidigungs- und des Auswärtigen Ausschusses für die Themen Sicherheitspolitik, insbesondere die schwierigen Themen Balkan und später Afghanistan, interessierte. Das wurde eher ausgeklammert. Meiner Einschätzung nach galt das auch für die Wahlkreise. Es war kaum Thema bei den jeweiligen Veranstaltungen oder partei-internen Versammlungen. Und wenn da mal eine Frage kam, dann hat man es in der Regel, ich sage das überspitzt, abgelenkt und gesagt: Ich schreibe einen Brief an den Fragesteller. Und diese Zurückhaltung spiegelte die gesamte Debatte – oder die nicht vorhandenen Debatte – in der Zivilgesellschaft wider. Weil man von Anfang an nicht genau wusste: Was soll eigentlich mit dem Afghanistan-Einsatz bezweckt werden? Was ist das eigentliche Ziel des Einsatzes?

Im Übrigen war das bei den Soldatinnen und Soldaten zu Beginn nicht anders. Ich kann mich sehr gut an ein Gespräch mit den Kräften

erinnern, die als erste in Afghanistan landeten und dort zunächst einmal die Situation sondieren und dafür sorgen sollten, dass überhaupt etwas aufgebaut werden konnte. Diese Soldaten – Pioniere hätte ich fast gesagt – erzählten mir, dass sie keinen Auftrag hatten. Sie wussten in den ersten Tagen im Prinzip gar nicht, was dort eigentlich gemacht werden sollte. Das hat sich dann nach und nach alles verfestigt, und auch der Inhalt des Mandates wurde entsprechend umgesetzt. Das dauerte natürlich eine Weile. Ich will damit nur sagen, dass das schon in der Truppe schwierig war. Erst recht schwierig war es, diese komplizierte politische Lage auch in die Bevölkerung hinein zu vermitteln. Das hat sich weiterentwickelt und erst seit dem 24. Februar 2022 eine Änderung erfahren. Denn durch den Überfall Russlands auf die Ukraine hat sich meiner Einschätzung nach auch in der Einstellung der Gesellschaft insgesamt etwas verändert.

Der **Vorsitzende**: Herr Polenz.

Ruprecht Polenz (ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses) Wie ist die Kommunikationsstrategie? Die muss auch die Wählerinnen und Wähler erreichen. Natürlich müssen Abgeordnete für Veranstaltungen im Wahlkreis zur Verfügung stehen. Auch die, die nicht in den mitbefassten Ausschüssen sitzen. Das macht auch eine Schwierigkeit aus. Wer sich normalerweise mit dem Bundesverkehrswegeplan beschäftigt und jetzt erklären soll, wie es in Kabul aussieht, der hat ein Problem. Das muss man fairerweise auch sagen.

Spannend ist, finde ich, dass der Deutsche Bundestag immer mit etwa Zweidrittelmehrheit die Mandate verlängert hat, während Meinungs-umfragen in der Bevölkerung mit Zweidrittelmehrheit wachsend gegen den Einsatz waren. Ich glaube, das war eine stramme Leistung des Parlaments, das so durchzuhalten. Denn ich halte den Einsatz nach wie vor für richtig. Er hätte möglicherweise zu anderen Erfolgen führen können, aber unterm Strich war es letztlich trotzdem gut. Diesen Spagat hat das Parlament hinbekommen.

Wie muss jetzt die Kommunikationsstrategie



aussehen? Ich glaube, der Ankerpunkt ist, dass eine Bevölkerung in der Demokratie den Einsatz der eigenen Soldaten in einem anderen Land nur dann längere Zeit hinnimmt, wenn gedanklich eine Rückbindung zur eigenen Sicherheit geleistet werden kann. Ich glaube nicht, dass man in einer Demokratie auf Dauer eine Bevölkerung dazu bringt, zu sagen: Wir spielen dort Polizei, bekommen gelegentlich Tote nach Hause, und die kommen im Einsatz dort trotzdem nicht voran. Das wird eine Bevölkerung in der Demokratie nicht lange mitmachen. Natürlich war der Afghanistan-Einsatz mit der eigenen Sicherheit verbunden. Der Satz von Struck mit dem Hindukusch war richtig. Er ist aber immer weniger geglaubt worden. Vielleicht spielte dabei unterschwellig auch eine Rolle, dass die Taliban zwar schrecklich, aber nicht im engsten Sinne internationale Terroristen sind. Sie haben in anderen Ländern – soweit ich das weiß, ich glaube nicht, dass ich mich täusche – letztlich keine Anschläge verübt. Von daher hatte sich der Fokus von Al-Qaida etwas verschoben. Aber der Kernpunkt ist: Wenn man gefährliche Einsätze deutscher Soldaten im Ausland vor der Bevölkerung rechtfertigen und begründen will, dann muss es mit der eigenen Sicherheit zu tun haben, und zwar durchaus mit einem erweiterten, vernetzten Sicherheitsbegriff.

Der **Vorsitzende**: Herr Königshaus.

Hellmut Königshaus (ehem. Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages): Was die Frage der Rolle der Abgeordneten gegenüber den Wählern betrifft, kann ich eigentlich nichts hinzufügen. Aber man muss in dem Zusammenhang auch die Rolle der Medien betrachten. Denn das ist nichts, was im isolierten Raum, im Dialog zwischen Abgeordneten und einem einzelnen Bürger passiert, sondern transportiert wird. Und dort hat nach meiner Wahrnehmung die Öffentlichkeit zunehmend den Eindruck bekommen, dass das, was ihnen dort berichtet wird, mit der Realität nicht mehr übereinstimmt.

Natürlich ging es immer auch darum, dass bestimmte Ziele erreicht werden sollten. Das fand auch immer Unterstützung, auch in der Öffentlichkeit. Aber es war eben doch spürbar, dass die

dafür aufgewandten Mittel für diese als minimal empfundenen Erfolge, nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis zueinanderstanden. Ich meine auch gespürt zu haben, dass einige kritisch sagten: Wenn Ihr dort einen militärischen Einsatz durchführt, warum staltet Ihr die Truppe dann nicht so aus, dass sie diesen Einsatz auch bestehen kann, sondern immer zu spät, immer nur so, dass es gerade noch reicht? Das hat die Bevölkerung gespürt. Und wie sich das letzten Endes auswirkt, sieht man an den Meinungsumfragen, die damals gemacht wurden, die heute gemacht werden, dass nämlich die Bevölkerung insgesamt diese Einsätze nach wie vor sehr kritisch sieht.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Koenigs.

Tom Koenigs (ehem. Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe): Ich widerspreche an einem Punkt. Ich glaube nicht, dass der Afghanistan-Einsatz an den Mitteln oder an der Anzahl und Ausrüstung der Soldaten gescheitert ist, sondern an historisch-ideologischen Fragen, die man nicht in den Griff bekommen konnte. Man hätte sich wahrscheinlich auf das erste Ziel Bündnissolidarität und das zweite Ziel deutsche Sicherheitsverteidigung konzentrieren und im Übrigen eine schnelle Exit-Strategie finden sollen.

Warum hat die Koordination mit den Militärs so schlecht funktioniert? Das war von Anfang an ein Thema und hatte auch damit zu tun, dass die Amerikaner eigentlich alles Militärische gemacht haben. Das wurde von der amerikanischen Botschaft monopolisiert. Und ich habe immer wieder von den VN aus versucht, wenigstens ein bisschen Koordination hereinzubekommen. Das ist aber meistens gescheitert. Letzten Endes blieb nur, dass ich einmal die Woche mit dem Kommandeur von ISAF frühstückt und wir uns unterhalten haben. Da allerdings sind wir schnell an einen Punkt gekommen, wo die Amerikaner nicht mehr mitspielten, nämlich zu zählen, wie viele Civilian Casualties beziehungsweise Kollateralschäden es gab. Darauf hat sich dann UNAMA konzentriert. Und das hat zumindest dazu geführt, dass man dem Thema Aufmerksamkeit schenkte. Das geschah nicht nur von deutscher, sondern auch von amerikanischer Seite, was vielleicht einige Opfer



verhindert hat. An der politischen Wirkung hat das nichts geändert. Obwohl die Taliban mehr tote Zivilisten zu verantworten hatten, hat man es allein uns übelgenommen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank und für die Fraktion DIE LINKE. hat Herr Lüders das Wort.

SV **Dr. Michael Lüders**: Vielen Dank für die sehr interessanten Ausführungen. Wenn man über einen vernetzten Ansatz nachdenkt und darüber, wie die Bundeswehr und politische Organe besser zusammenarbeiten können: Eine solche Frage setzt doch auch voraus, dass man irgendwann einmal die Sinnfrage stellt. Was ist eigentlich der Sinn, das Ziel des Einsatzes? Wir haben gerade von Herrn Koenigs sehr interessante Details in diesem Zusammenhang erfahren, dass man sich natürlich irgendwie beschränken muss, irgendwann auch eine Exit-Strategie braucht. Das alles hat es aber nicht gegeben.

Zwei Fragen in diesem Zusammenhang an Herrn Polenz: Sie haben wiederholt betont, dass der Afghanistan-Einsatz unterm Strich erfolgreich war. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, dass allein die USA für diesen 20jährigen Krieg in Afghanistan nicht unter zwei Billionen US-Dollar ausgegeben haben. Die genaue Zahl der Toten kennen wir nicht. Das waren sicherlich nicht unter 100.000 Toten. Die Taliban haben daran einen erheblichen Anteil. Die Angriffe insbesondere der USA haben aber auch große Zerstörungen bewirkt und waren sicherlich auch ein aktives Rekrutierungsprogramm für die Taliban. Das politische System in Kabul, das der Westen über Jahre hinweg unterstützt hat, war korrupt bis in die Knochen. Gab es eine einzige Wahl in Afghanistan, ob Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen, die nicht umfassend gefälscht worden wäre? Vor diesem Hintergrund die Frage: Wie kann man hier von einem erfolgreichen Afghanistan-Einsatz reden? Ich darf auch in Erinnerung rufen, dass die Taliban, mit anderen Worten Sandalenkrieger, die NATO und die Weltmacht USA besiegt haben. Das sollte doch eigentlich Stoff zum Nachdenken sein, gerade für künftige Einsätze, wie etwa in Mali.

Meine Frage an Sie, Herr Polenz: Wie kommen Sie zu diesem, wie ich meine doch interessanten Votum, dass der Afghanistan-Einsatz unterm Strich erfolgreich war? Wie sähe dann ein nicht erfolgreicher Einsatz aus? Und hat es eigentlich im Auswärtigen Ausschuss zu Ihrer Zeit Überlegungen gegeben, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu beenden? Das hat ja Frankreich gemacht. Ich glaube, auch die Niederlande nach zehn Jahren. Wir waren bis zum letzten Moment dabei. War das rückblickend gesehen wirklich nötig?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Polenz, Sie haben das Wort.

Ruprecht Polenz (ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses): Die Frage, ob etwas ein Erfolg ist oder nicht, kann man aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Meine Perspektive wäre: Wie hätte die Alternative ausgesehen? Wie wäre die Situation in Afghanistan gewesen, wenn 1999/2000 nicht interveniert worden wäre? Ich kann mich noch gut an die Bilder vom Kabuler Stadion erinnern, wo es Hinrichtungen gab und wo es Auspeitschungen von Frauen gab. Die Taliban waren kräftig dabei, ihr Regime zu errichten. Wir sehen jetzt, hoffentlich nicht in dieser ganz extremen Form, wohin Afghanistan wieder zurückfällt. Und ich habe mir einfach mit der Frage, ob das ein Erfolg ist oder nicht, vorgestellt, ich hätte als Frau oder als Kind in den letzten 20 Jahren in Afghanistan gelebt. Dann hätte ich festgestellt: Ich habe in diesen 20 Jahre sicherlich nicht so gelebt wie in Deutschland. Aber jedenfalls besser als in den 20 Jahren davor und besser als jetzt. Das hat mich veranlasst, von einem Erfolg zu sprechen. Aus der Sicht der Menschen, die dort in Afghanistan leben. Sie haben beschrieben, was alles nicht geklappt hat, wie teuer es war et cetera. Das sei Ihnen alles zugestanden, aber vor der Frage, wie die Alternative ohne das Engagement ausgesehen hätte, da können wir jetzt anfangen und Baustein für Baustein zusammenrechnen. Dann kommen Sie wahrscheinlich zu einem noch viel größeren Schreckensbild.

Das zweite, Einsatz beenden: Ja, das ist immer ein Punkt, wenn man einen Bündniseinsatz macht, aber im Grundsatz gilt eigentlich: Zusammen rein, zusammen raus. Ganz abgesehen davon, dass es



schon am Anfang das Problem für Deutschland war, dass wir – anders als im Kosovo – für die Transporte nach Afghanistan, für unsere ganzen Truppen et cetera zwingend auf die Amerikaner angewiesen waren. Das war ein Punkt, der auch in den Diskussionen eine Rolle gespielt hat. Denn im Hinblick auf eine Exit-Strategie war Deutschland mangels Transportmöglichkeiten gar nicht Exit-autonom, um das mal so auszudrücken.

Das ist ein Punkt, der mir sehr wichtig wäre, wenn die Enquete-Kommission sich jetzt mit dem Aspekt beschäftigt. Man darf die multilateralen Strukturen dieser Einsätze nicht ausblenden. Man muss auch sehen, welchen dominanten Einfluss die Amerikaner und die Länder, die besonders starkes militärisches oder sonstiges Engagement zeigen, in solchen multilateralen Einsätzen haben. Wenn man das deutsche Gewicht dabei erhöhen will, dann muss man auch das Entsprechende auf die Waagschale legen, sonst wird das deutsche Gewicht nicht so sein, wie man es sich wünscht.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das war der erste Teil der Beratungsrunde, nämlich der öffentliche Teil. Ich will mich an der Stelle noch einmal ganz herzlich bei allen vier Sachverständigen bedanken und hinzufügen, dass das Thema der Ortskräfte, das Sie mehrfach angesprochen haben, nicht nur die Außenministerin, sondern sehr viele Abgeordnete in den letzten Wochen beschäftigt hat. Wir sind in sehr intensiven Beratungen, um zu einer vernünftigen und vor allem schnelleren Lösung zu kommen. Ich danke Ihnen. Wir beenden die öffentliche Sitzung.

Schluss der Sitzung: 14:06 Uhr

Michael Müller, MdB

Vorsitzender



Anhörung am 12. Juni 2023 (öffentlich/nichtöffentlich)

zum Thema „Politische Verantwortungsstrukturen: Das Afghanistan-Engagement im Deutschen Bundestag – Rolle des Parlaments, Informationen und strategische Befassung“

Leitfragen an die eingeladenen Sachverständigen

Herr **Tom Koenigs**

- Wie könnte das Parlaments zukünftig zielgerichteter in die Ausgestaltung des vernetzten Engagements eingebunden werden?
- Welchen Einfluss hatte der Bundestag auf die strategische Kontrolle (Ziele und Mittel) des deutschen Afghanistan-Engagements, wie wurde über die Einsätze informiert und wie wurden die Mandate kommuniziert?
- Wie beurteilen Sie als ehemaliger Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der VN in Afghanistan die Zusammenarbeit der verschiedenen VN-Organisationen in Afghanistan einerseits und die Zusammenarbeit von UNAMA mit der afghanischen Regierung und ISAF, und hat es jemals unter der Leitlinie des „Integrated Approach“ der VN einen Ansatz gegeben, die Zusammenarbeit zu koordinieren und unter der Führung von UNAMA effektiver zu gestalten?
- Bereits 2011 kritisierten Sie die Afghanistan-Politik öffentlich und deren fehlende Definition der Ziele zu Beginn der Mission. Welche Rolle spielten die Anfangsfehler für den gesamten Einsatz?
- Wieso gab es aus dem Parlament heraus zu keinem Zeitpunkt die Forderung nach einer ressortübergreifenden Strategie für Afghanistan und auch keine gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse zu Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik?

Herr **Hellmut Königshaus**

- Wie haben Sie die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den Bereichen Entwicklung und Verteidigung im Parlament und in der Regierung wahrgenommen?
- Welche Rolle spielten nicht-militärische Missionsanteile in den parlamentarischen und öffentlichen Debatten über die Ausrichtung des deutschen Afghanistan-Engagements und welche strategische Relevanz hatten diese für politische Entscheidungen des Bundestages zu den Einsätzen?
- Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht die Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit hinsichtlich der Frage, ob in Afghanistan ein Krieg stattfand bzw. eine Stabilisierungsoperation durchgeführt wurde?
- Wie kann der Deutsche Bundestag dazu beitragen, das in Afghanistan gewonnene Wissen zum integrierten Ansatz zu erhalten und für zukünftige Missionen zu nutzen (über die

Arbeit der Enquete-Kommission hinaus)? Braucht es Ihrer Meinung nach veränderte Mechanismen oder Gremien im Deutschen Bundestag, um Einsätze zu begleiten?

- Wieso beharrte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stets auf seiner Ressorthoheit und warum gab es aus dem Bundestag heraus keine Forderungen einer ressortübergreifenden Afghanistanstrategie?

Herr **Ruprecht Polenz**

- Wie bewerten Sie die federführende Beratung des Auswärtigen Ausschusses über die Entsendung deutscher Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsatz nach Afghanistan zur Zeit Ihres Ausschussvorsitzes?
- Welche Einfluss- und Kontrollverfahren hat der Auswärtige Ausschuss als federführender Ausschuss für die Auslandseinsätze hinsichtlich strategischer Zielformulierung und hinsichtlich Zielerreichung des deutschen Afghanistan-Engagements wahrgenommen?
- Konnte der vernetzte Ansatz für das Afghanistan-Engagement auch im parlamentarischen Raum ausreichend entwickelt, diskutiert und mit einem realistischen Zielbild versehen werden?
- Ist Ihrer Meinung nach eine ständige und begleitende Evaluierung von Auslandseinsätzen durch den Deutschen Bundestag notwendig und wie könnte diese genutzt werden, um die Mandate an die Notwendigkeiten in den Einsatzgebieten anzupassen? Wie kann der Deutsche Bundestag zukünftig seinen Einfluss auf internationale Friedenseinsätze stärker ausüben?
- Wieso gab es aus dem Parlament heraus zu keinem Zeitpunkt die Forderung nach einer ressortübergreifenden Strategie für Afghanistan und auch keine gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse zu Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik?

Herr **Reinhold Robbe**

- Wie wurde das Parlament (Ausschüsse, Obleute, Fraktionen etc.) in den ersten Jahren des Afghanistan-Engagements informiert und einbezogen und wie bewerten Sie dies?
- Inwiefern ist der Bundestag hinsichtlich der Afghanistan-Einsätze seiner Verantwortung und Wirksamkeitskontrolle gerecht geworden?
- Wie gestaltete sich aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit zwischen AA, BMZ, BMI und BMVg und waren die Ausschüsse mit Blick auf die Lage und die Entwicklung in Afghanistan aus Ihrer heutigen Sicht immer gut oder zumindest hinreichend informiert?
- Im Hinblick auf zukünftige Einsätze: Was muss seitens der politischen Entscheidungsträger getan werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz und letztendlich auch Unterstützung von Bundeswehreinsetzungen zu erhöhen?
- Wieso gab es aus dem Parlament heraus zu keinem Zeitpunkt die Forderung nach einer ressortübergreifenden Strategie für Afghanistan und auch keine gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse zu Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik?



Kommissionsdrucksache 20(28)21

Hellmut Königshaus
ehemaliger Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung /
ehemaliger Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Stellungnahme

Anhörung (öffentlich/nichtöffentlich)

zum Thema

**„Politische Verantwortungsstrukturen:
Das Afghanistan-Engagement im Deutschen Bundestag -
Rolle des Parlaments, Informationen und strategische
Befassung“**

am 12. Juni 2023

Stellungnahme für die Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands

1. Wie haben Sie die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den Bereichen Entwicklung und Verteidigung im Parlament und in der Regierung wahrgenommen?

Ich war als Abgeordneter direkt erst nach meinem Eintritt in den Bundestag 2004 in die Entscheidungsfindung eingebunden und kann daher eigene Eindrücke erst seit diesem Zeitpunkt schildern.

Es war nach meiner Wahrnehmung eine Ambivalenz zwischen den Aspekten Sicherheit (militärisch) und Entwicklung (zivil) in der überwiegend kritischen öffentlichen Meinung, aber auch innerhalb von Parlament und der Bundesregierung. Das ging von vollständiger Ablehnung der militärischen Komponente, insbesondere bei der Linken, bis zur nachdrücklichen Zustimmung, insbesondere bei der Union. Die Stimmung in der SPD war in dieser Frage uneinheitlich, die FDP eher abwartend. Es gab ein gewisses Misstrauen, ob es nicht in Wirklichkeit schlicht um die Demonstration der Solidarität mit den USA ging.

Daher sollte die Truppe auch für die deutsche Öffentlichkeit den Eindruck vermitteln, dass es eben um Aufbau und Entwicklung ging, der (leider) lediglich mit quasi polizeilichen Mitteln gesichert werden musste. Dabei spielte insbesondere die starke Fokussierung auf eher ideelle Ziele eine Rolle, denen bei der Verteilung der zudem unzureichenden Mittel Priorität eingeräumt wurde, was zu einer spürbaren Knappheit bei Projekten zur Verbesserung der Infrastruktur oder der materiellen Versorgung im ländlichen Bereich führte.

Auch in der politischen Debatte im Parlament wurde vorrangig der Aspekt der Veränderung der als rückständig empfundenen gesellschaftlichen Verhältnisse betont, während die militärische Komponente eher beiläufig oder sogar ablehnend behandelt wurde, obgleich das VN-Mandat ausdrücklich auf die (wörtlich) Ausrottung des Terrors gerichtet war. Dies zeigte sich etwa darin, dass Forderungen nach Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung der Truppe auf der parlamentarischen Seite kaum Widerhall fanden. Es wurden weder Kampfflugzeuge oder eine ausreichende Zahl von Hubschraubern noch schwere Waffen bereitgestellt. Auch wurden strikte Obergrenzen für die deutschen Einsatzkontingente beschlossen, ohne der militärischen Führung die Möglichkeit zu geben, auf konkrete Bedrohungslagen mit einer kurzfristigen Aufstockung der Truppenstärke zu reagieren.

Obgleich - trotz des sehr zurückhaltenden Ansatzes - die für die militärische Komponente aufgewandten Mittel um ein Vielfaches höher lagen als die für den zivilen Aufbau, herrschte in der Öffentlichkeit die auch von der Politik geförderte Meinung vor,

das Schwergewicht des deutschen Engagements liege beim zivilen Aufbau. Daher fiel es der Politik schwer, entsprechend zu reagieren, als schon bald auch der Norden von zunehmender Gewalt erschüttert wurde. Auf die Forderung, die Truppe nunmehr bedarfsgerecht mit entsprechenden Mitteln auszustatten wurde eingewandt, dies sei der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln: „Mein Gott, wie sieht das denn aus, wir sind doch nicht im Krieg, es ist doch ein Stabilisierungseinsatz“.

Das BMZ und die Entwicklungsorganisationen wollten dementsprechend unbedingt den Eindruck vermeiden, es gehe letztlich doch lediglich um eine „Begleitung“ der militärischen Aktivitäten. Sie hielten deshalb größtmögliche Distanz zur Truppe. Dies zeigte sich auch darin, dass die deutschen Entwicklungsprojekte nicht vorrangig auf den „deutschen“ Bereich konzentriert waren. So wurden im italienischen Verantwortungsbereich in und um Herat beträchtliche Mittel in den Ausbau der dortigen Universität und der lokalen Wasserversorgung bereitgestellt.

Aus der Sicht der afghanischen Bevölkerung im Norden, insbesondere im ländlichen Bereich, überwog daher der Eindruck einer rein militärischen Operation, der wenige zivile Projekte gegenüberstanden, die zudem der traditionellen gesellschaftlichen Ausrichtung ausdrücklich entgegenwirken sollten. Daher konnten die Taliban dort zunehmend der Eindruck vermitteln, „besetzt“ und nicht befreit zu sein. Von einer echten Vernetzung konnte daher nicht wirklich gesprochen werden.

Die Menschen auf dem Land hatten zudem, so schilderten es die Dorfältesten, mit der Ausdehnung der Anschläge auch auf den Norden den Eindruck, dass sie sich mit einer Zusammenarbeit mit den Deutschen, gleich ob Militär- oder Entwicklungsaktivitäten, selbst gefährden. Da eine dauerhafte, flächendeckende Präsenz der Sicherheitskräfte nicht möglich war und der Aufbau der afghanischen Polizei nicht vorankam fürchteten sie sich zu Recht, dass sie als „Kollaborateure mit den Ungläubigen“ bestraft würden, was auch vielfach geschah.

2. Welche Rolle spielten nicht-militärische Missionsanteile in den parlamentarischen und öffentlichen Debatten über die Ausrichtung des deutschen Afghanistan-Engagements und welche strategische Relevanz hatten diese für politische Entscheidungen des Bundestages zu den Einsätzen?

Sowohl im Deutschen Bundestag als auch in der damals überwiegend „pazifistisch“ geprägten Öffentlichkeit stieß die als unpassend empfundene Rhetorik des damaligen US-Präsidenten und erst recht seines Verteidigungsministers auf großes Missfallen, weshalb seitens der Bundesregierung die nicht-militärischen Anteile der Mission in den Mittelpunkt der Darstellung des Einsatzes gerückt wurden. Dabei wurde jedoch stark übertrieben, denn die für die Entwicklungsarbeit aufgewandten Mittel waren im Vergleich zu den Aufwendungen für das militärische Engagement eher gering, im Jahre 2007 beispielsweise standen den Kosten für die militärische Komponente von rund 600 Mio. Euro für die zivile Komponente lediglich 75 Mio. Euro des BMZ sowie weitere 45 Mio. Euro des AA zur Verfügung, also ein Verhältnis von 1 zu 5.

Das BMZ argumentierte in diesem Zusammenhang, das Land sei für weitergehendes ziviles Engagement „nicht aufnahmefähig“.

Auch das traf so nicht zu. Es hätte beispielsweise nahegelegen, im Bereich der Wasserwirtschaft gerade im Norden durch den Bau von Dämmen die Überflutungen nach der Schneeschmelze und die Dürre im trockenen Sommer auszugleichen. Auch für weitere infrastrukturelle Maßnahmen – etwa öffentliche zugängliche Sanitäreinrichtungen im ländlichen Bereich – wäre noch ein weiterer Bedarf gewesen.

Die militärischen Aspekte wurden demgegenüber politisch kaum in den Blick genommen, was auch daran lag, dass in der Anfangszeit im „deutschen“ Bereich im Norden kaum Anschläge verübt wurden. Man schrieb dies gerne der deutschen Herangehensweise zu, ich meinte, auch eine gewisse Überheblichkeit gegenüber den Verbündeten zu spüren, die insbesondere im Süden in schwere Kämpfe verwickelt wurden. Das schwächte die Position derer, die für ein robusteres Mandat und auch eine robustere Ausstattung und Bewaffnung eintraten.

3. Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht die Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit hinsichtlich der Frage, ob in Afghanistan ein Krieg stattfand bzw. eine Stabilisierungsoperation durchgeführt wurde?

Nach meinem Eindruck versuchte die Bundesregierung in dieser Zeit und dann auch weiterhin, die Entwicklungen im Einsatzgebiet besser darzustellen als sie waren. Gefallene wurden als Unfallopfer bezeichnet, Anschläge als „Vorfälle“. Bewaffnete Angriffe auf Einsatzkräfte wurden lange Zeit nicht mit Waffengewalt erwidert, sondern es galt die Prämisse „Ausweichen“ oder „Durchstoßen“, worüber sich mir gegenüber sehr viele Soldaten beschwerten. Sie empfanden es als entwürdigend, sich nicht wehren zu sollen.

Diese Herangehensweise der politischen Führung hatte mit dem verständlichen und lobenswerten Ziel zu tun, Opfer, insbesondere eigene Opfer, zu vermeiden. Allerdings hat dies naturgemäß auf die gegnerischen Kräfte nicht abschreckend gewirkt und die Zahl der Angriffe ansteigen lassen. Statt nun der Truppe eine dieser Situation entsprechende Bewaffnung zur Verfügung zu stellen, wurde lediglich die Mandats-Obergrenze etwas heraufgesetzt. Erst nach dem „Karfreitagsgefecht“ und dem Überfall an der „Dutch-Bridge“ wurde dann robustere Bewaffnung, insbesondere die Panzerhaubitze 2000, zur Verfügung gestellt. Kampfflugzeuge, bewaffnete Drohnen oder eine ausreichende Zahl von Hubschraubern fehlten weiterhin.

Die Verschärfung der Situation wurde der Öffentlichkeit und auch den Abgeordneten zuvor so nicht vermittelt. Eigene Eindrücke konnten sie in der Regel nur begrenzt gewinnen. Besuche im Einsatzgebiet außerhalb der vom BMVg und dem BMZ organisierten Reisen wurde kaum unterstützt und schon gar nicht gefördert, zumeist mit dem Hinweis auf Sicherheitsbedenken. Der damalige Abgeordnete Weigel und ich haben daher die laufenden Aufbauprojekte in und um Herat nur mit Hilfe einer

deutschen Behörde, die dort ebenfalls mit geschützten Fahrzeugen ausgestattet war, besuchen können.

Bessere Besuchsmöglichkeiten wurden von den Abgeordneten auch kaum eingefordert, so dass diese sich aus den Lageberichten und den Eindrücken bei Besuchen in den Feldlagern ein Bild verschaffen mussten.

4. Wie kann der Deutsche Bundestag dazu beitragen, das in Afghanistan gewonnene Wissen zum integrierten Ansatz zu erhalten und für zukünftige Missionen zu nutzen? Braucht es Ihrer Meinung nach veränderte Mechanismen oder Gremien im Deutschen Bundestag, um Einsätze zu begleiten?

Die bisher durchgeführten Missionen zeigen in der Rückschau, aber auch vor dem Hintergrund der noch laufenden Einsätze, dass angesichts der sehr unterschiedlichen Situationen in den jeweiligen Einsatzgebieten allgemeingültige Grundsätze nicht herauszufiltern sind.

Entscheidend scheint mir, dass der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ), soweit mitbetroffen, und der Verteidigungsausschuss eng und abgestimmt die Entwicklungen im Einsatzgebiet begleiten, auch durch Besuche der Abgeordneten vor Ort, die nicht wie bei der zumeist gewählten Form der Begleitung von Regierungsmitgliedern durch diese vorgeprägt und auch begrenzt sind.

Es wäre auch hilfreich, wenn die Mandatsentscheidungen durch einen ständigen Unterausschuss in ihrer Durchführung kontinuierlich begleitet und die sich mitunter widerstreitenden Anliegen etwa der zivilen und der militärischen Seite bereits vor der Entscheidung über die Fortführung oder Beendigung der jeweiligen Mission zur Sprache kämen.

Noch wichtiger erscheint mir, dass die Politik bei solchen Entscheidungen in erster Linie die **Ziele** des militärischen Handelns und weniger die **Wahl der Mittel** definiert. Das gilt nach meiner Auffassung insbesondere auch für die Festlegung von Personal-Obergrenzen oder die Zulassung bzw. den Ausschluss bestimmter Waffensysteme.

Allerdings müssen die Abgeordneten – alle Abgeordneten, nicht nur die Mitglieder des Verteidigungsausschusses – bei derartigen Entscheidungen auch wissen, worüber sie abstimmen. Insbesondere die „Rules of Engagement“ des Einsatzkontingents müssen **allen** Abgeordneten zugänglich sein, soweit erforderlich begrenzt auf die Einsichtnahme in der Geheimschutzstelle.

Ein weiterer Punkt liegt mir an dieser Stelle am Herzen: Der nach meiner Auffassung beschämende Umgang mit den Ortskräften bei solchen Missionen darf sich nicht wiederholen und muss im Falle Afghanistans, wo dieser unerfreuliche Zustand noch andauert, beendet werden. Dies ist nicht nur eine politisch-moralische Verpflichtung, sondern auch eine Frage der Sicherheit für unsere zu künftigen Einsätzen entsandten Kräfte. Gegnerischen Kräften wird es dann ermöglicht, darauf hinzuweisen, dass die Deutschen bereits in Afghanistan ihre Helfer nach Beendigung des Einsatzes

zurückgelassen und der Rache der Taliban ausgesetzt haben. So könnten Einheimische davon abgehalten werden, die Truppe zu unterstützen oder – schlimmer noch – zu Green-on-Blue-Attacken animieren. Insofern sind hier die Innenbehörden gefordert, bei der Visa-Erteilung anders zu agieren als dies hier der Fall war. Hier sollte der Deutsche Bundestag auch dem BMIH gegenüber klare Vorgaben machen.

5. Wieso beharrte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stets auf seiner Ressorthoheit und warum gab es aus dem Bundestag heraus keine Forderung einer ressortübergreifenden Afghanistanstrategie?

Ausgangspunkt der politischen Impulse, die solche Missionen hervorbringen, sind in der Regel weniger entwicklungspolitische oder rein sicherheitspolitische, sondern vor allem – wie jedenfalls im Falle Afghanistans – außenpolitische Erwägungen. Die Ressortzuständigkeit lag im Falle Afghanistans für die Mandate beim Auswärtigen Amt, das nach meinem Eindruck weniger die Themen „Frauenrechte“, „Entwicklung“ oder „Mädchenschulen“, sondern vor allem die „Solidarität mit den USA“, die im Rahmen des „War on Terror“ einen deutschen Beitrag auch bei der Bekämpfung der Taliban und der dorthin entwichenen Mitglieder von al-Quaida erwarteten, im Auge hatte; dies nach meiner Bewertung durchaus zu Recht. Dabei konnten sich die USA ebenso wie die Bundesregierung und die weiteren Alliierten rechtlich auf die Resolution 1386 (2001) des VN-Sicherheitsrates vom 20.12.2001 stützen. Darin wurde „in Unterstützung der internationalen Bemühungen zur Ausrottung des Terrorismus“ die Einrichtung einer internationalen Beistandstruppe genehmigt. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, „Personal, Ausrüstung und andere Ressourcen zu der Truppe beizutragen“. Die an der Truppe teilnehmenden Mitgliedstaaten wurden ermächtigt, „alle zur Erfüllung ihres Mandates notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“. Die Gesamtverantwortung für die Mission lag also beim Auswärtigen Amt. Die eigenen Ressortzuständigkeiten des BMVg und des BMZ folgten also dieser außenpolitischen Agenda.

Das AA hat sich nach meiner Bewertung indessen zu wenig um die konkrete Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen auf deutscher und europäischer Ebene gekümmert, vor allem nicht um die notwendige Verzahnung der Entwicklungs- und Sicherungsmaßnahmen.

Hinzu kamen – verständliche – Mentalitätsunterschiede bei den eigentlichen Akteuren vor Ort. Während das BMZ und seine Durchführungsorganisationen möglichst großen Abstand zum militärischen Bereich wahren wollten, um deutlich zu machen, dass sie nicht lediglich einen Waffeneinsatz rechtfertigen – oder, wie eine Mitarbeiterin einer Durchführungsorganisation formulierte – „camouflieren“ wollten, war die Bundeswehr mit der Zunahme der Militanz im eigenen Zuständigkeitsbereich zunehmend überfordert, der in der Politik gewachsenen Erwartung trotz dieser Herausforderungen weiterhin zu entsprechen, den Eindruck zu erwecken, es gehe eigentlich nur um die – „eben leider erforderliche“ – Absicherung eines im Kern „zivilen“ Hilfseinsatzes.

Dabei spielte nach meinem Eindruck eine wesentliche Rolle, dass in der Öffentlichkeit im Hinblick auf die bereits erwähnte grundsätzlich pazifistische Grundhaltung der Mehrheit in der Bevölkerung die militärischen Herausforderungen im Einsatzland stets heruntergespielt wurden und offenbar auch heruntergespielt werden sollten. Das BMZ hatte dabei eine Schlüsselrolle inne, die es sich indessen nicht angemaßt hatte, sondern die ihm wohl auch vom Bundeskanzleramt zugedacht war. Insofern war das Verhalten des BMZ jedenfalls zu Beginn der Mission nur folgerichtig. Erst seit dem Regierungswechsel 2009 wurde der „robuste“ Kern der Mission auch durch das BMZ etwas deutlicher herausgestellt und die Mittel für den zivilen Aufbau massiv verstärkt.

Für künftige Missionen muss daher aus meiner Sicht auch gegenüber der Öffentlichkeit von vornherein deutlicher klargestellt werden, welche politischen und gegebenenfalls auch militärischen Mittel warum und vor allem mit welchem Ziel eingesetzt werden sollen. Dabei müssen die beteiligten Ressorts mit einer Stimme sprechen, wobei im Falle von durch die VN mandatierten Einsätze das AA der entscheidende Akteur sein muss.

Zu der „Zusatzfrage“:

Ich erlaube mir zunächst den Hinweis, dass es entgegen der Fragestellung Forderungen nach einer ressortübergreifenden Strategie sehr wohl gab. Meine damalige Fraktion beispielsweise hat diese ausdrücklich erhoben, und, da diese jedenfalls von der Mehrheit nicht aufgegriffen wurde, fraktionsintern eine eigene „Arbeitsgruppe Afghanistan“ unter Beteiligung der jeweiligen Obleute und Sprecher im Auswärtigen Ausschuss, im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gebildet. Diese hat sodann sämtliche auf Afghanistan bezogenen Anträge und Stellungnahmen der Fraktion vor- und nachbereitet.

Weshalb dies nicht von vornherein und auch fraktionsübergreifend organisiert wurde, vermag ich, da ich erst 2004 Mitglied des Bundestages wurde, nicht aus eigener Anschauung zu beurteilen. Es dürfte zum einen damit zu tun haben, dass die lange Dauer dieser Mission nicht vorhersehbar war, jedenfalls nicht vorhergesehen wurde. Das Mandat des VN-Sicherheitsrates war auch zunächst auf sechs Monate begrenzt. Insofern hielt man das damals wohl nicht für erforderlich.



Kommissionsdrucksache 20(28)22

Tom Koenigs
ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe /
ehemaliger Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen in Afghanistan

Stellungnahme

Anhörung (öffentlich/nichtöffentlich)

zum Thema

**„Politische Verantwortungsstrukturen:
Das Afghanistan-Engagement im Deutschen Bundestag -
Rolle des Parlaments, Informationen und strategische
Befassung“**

am 12. Juni 2023

Tom Koenigs

Stellungnahme zur Anhörung der Enquete-Kommission am 12. Juni 2023

1. Frage: Wie könnte das Parlament zukünftig zielgerichteter in die Ausgestaltung des vernetzten Engagements eingebunden werden?

2. Frage: Welchen Einfluss hatte der Bundestag auf die strategische Kontrolle (Ziele und Mittel) des deutschen Afghanistan-Engagements, wie wurde über die Einsätze informiert und wie wurden die Mandate kommuniziert?

Antwort zu Frage 1 und 2: Das deutsche Parlament - der Bundestag - ist in die Grundsatz-Entscheidung über den Einsatz der nationalen Streitkräfte - der Bundeswehr - besser eingebunden gewesen als irgendein anderes Parlament der 50 an ISAF beteiligten Nationen. Ein parlamentarischer Prozess zur Formulierung, Veränderung oder Detailierung des militärischen Interventionsmandates, das vom VN-Sicherheitsrat und dem NATO-Nordatlantikat (beides keine Parlamente) der ISAF erteilt wurde, ist konkret schwer vorstellbar, obwohl es für die VN immer wieder wohlmeinende Ideen für ein Weltparlament gibt.

Der deutsche Afghanistan-Einsatz folgte einem bündnispolitischen, einem sicherheitspolitischen und einem entwicklungspolitischen Ziel.

Das bündnispolitische Ziel formulierte unmittelbar nach 9/11 der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder im Bundestag: „Deutschland steht angesichts dieses beispiellosen Angriffs uneingeschränkt an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika.“ Dieser „unconditional support“ wurde damals im Bundestag und in der Bevölkerung so breit unterstützt, dass der Kanzler noch hätte hinzufügen können, „what ever it takes.“ Die erste Mandats-Entscheidung zur Beteiligung der Bundeswehr an ISAF wurde vom Bundestag am 22.12.2001 mit 538 von 581 möglichen Stimmen angenommen.

Das zweite, das sicherheitspolitische Ziel, dass Afghanistan nie wieder Hinterland ("Safe Haven") für international operierenden Terror sein dürfe, hat Verteidigungsminister Peter Struck 2002 auf die griffige Formel gebracht: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Das entwicklungspolitische Ziel, ein politisch und wirtschaftlich selbständiges, demokratisches und friedliches Afghanistan, das von 85 Staaten, 15 internationalen Organisationen und insgesamt 1700 NGOs verfolgt wurde, ließ sich nicht so prägnant definieren und gab den beteiligten Akteuren und Zahlern viel Spielraum.

Die Breite der Information, Beteiligung und Diskussion im entwicklungspolitischen und humanitären Bereich lässt sich kaum übertreffen: An regelmäßigen Berichten der internationalen Organisationen, Fortschrittsberichten der Bundesregierung, Parlamentarierbesuchen, Besuchen von Akteuren und Verantwortlichen in den Ausschüssen, Haushaltsdiskussionen und Ausschussbefassungen hat es nicht gefehlt. Bücher und Veröffentlichungen von Engagierten und Reisenden füllen die Regale.

Im sicherheitspolitischen Bereich dagegen ist die Information und Diskussion dünn geblieben. Weder die im Lande gefühlte schleichende Entwicklung vom Befreiungseinsatz der ISAF zum Besatzungsregime (zumindest in der Einschätzung vieler

Afghanen), noch der Weg vom friedenserhaltenden Einsatz zum Krieg haben gebührende Resonanz in den Debatten gefunden. Die Einbeziehung von internationalen Experten, Think-Tanks und Geheimdienstlern in die Parlamentsdiskussionen hierzu war knapp. Weder hat es eine systematische und unideologische Diskussion der sowjetischen Entwicklungserfahrungen und deren militärischem Scheitern in Afghanistan gegeben noch wurden Phänomene wie die rasante Zunahme von Selbstmordattentaten seit 2005 und die Wirkung der von ISAF verursachten Civilian Casualties („Kollateralschäden“) auf die Zielerreichung der Mission genauer betrachtet. Instrumente dazu hat der Bundestag mit seinen Ausschüssen, Unterausschüssen, Untersuchungsausschüssen, dem wissenschaftlichen Dienst, Anhörungen, Einladungen usw. bis hin zur Enquete Kommission. Allenfalls eine Aufwertung des Unterausschusses VN, internationale Organisationen und zivile Krisenprävention könnte, verbunden mit entsprechendem Engagement der Mitglieder des Ausschusses und der zuständigen Regierungsmitglieder in den Sitzungen eine institutionelle Verbesserung bringen.

Einschätzungen des Bundesnachrichtendienstes und kooperierender ausländischer Geheimdienste (auch nicht-klassifizierte Berichte) über afghanische Lagen und Bewegungen in den Nachbarländern (Pakistan, Indien, China) haben in die parlamentarische Diskussion zu wenig Eingang gefunden. Vertiefte, sachkundige und bohrende Fragen der Parlamentarier*innen an die Dienste könnten hier vielleicht zu Lichtblicken führen, wie sie für Afghanistan vor allem in der letzten Zeit gefehlt haben. Zum Beispiel der Einfluss Pakistans als Hinterland der Taliban, der Umschwung der öffentlichen Meinung über die fremden Truppen in Afghanistan und die zunehmenden Schwächen der afghanischen Armee hätten sich vielleicht vorhersehen oder wenigstens früher erkennen und berichten lassen können.

3. Frage: Wie beurteilen Sie als ehemaliger Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der VN in Afghanistan die Zusammenarbeit der verschiedenen VN-Organisationen in Afghanistan einerseits und die Zusammenarbeit von UNAMA mit der afghanischen Regierung und ISAF, und hat es jemals unter der Leitlinie des „Integrated Approach“ der VN einen Ansatz gegeben, die Zusammenarbeit zu koordinieren und unter der Führung von UNAMA effektiver zu gestalten?

Antwort zur Frage 3: Das sind eigentlich drei Fragen. Allen drei Antworten ist gemeinsam, dass sich nur koordinieren lässt, wer koordiniert werden will und nur so weit, wie er/sie sich einer Koordination unterwirft.

a) Die VN-Organisationen, die alle ihre jeweils eigenen Financial Contributors und damit verbundenen Verantwortlichkeiten haben, genießen dem New Yorker Sekretariat gegenüber eine relative Selbständigkeit. Auch die Geschichte ihrer Präsenz in Afghanistan ist unterschiedlich, teilweise arbeiten sie schon seit den 50er Jahren (Unicef z.B.) im Lande. An die vom Sicherheitsrat einstimmig mandatierte politische Mission UNAMA erging unter anderem der Auftrag, als integrierte Mission das VN-System vor Ort politisch zu koordinieren. Einer der beiden Stellvertreter des Sondergesandten wurde deshalb vom System der Funds and Agencies als "Humanitarian Coordinator" bestimmt. Wieweit dessen Koordination dann im Einzelnen gelungen ist, hing stark von den involvierten Persönlichkeiten und ihrem Standing in der humanitären Community ab. Für die Afghanen gab es aber immer nur EINE VN und nicht diese oder jene VN-Unterorganisation in diesem oder jenem Zeitabschnitt. Deshalb ist das Konzept der Integrated Mission richtig.

b) Die Zusammenarbeit von UNAMA mit der afghanischen Regierung, über die regelmäßigen Treffen des Special Representative of the Secretary-General (SRSG) mit dem Präsidenten und die Termine mit seinen Ministern und Beamten hinaus, sollte - so wurde das auf der Afghanistan-Konferenz 2006 in London beschlossen - in einem Joint Coordination and Monitoring Board (JCMB) formalisiert werden. Dort sollten die afghanische Regierung auf der einen und die Geberländer auf der anderen Seite - cochaired von UNAMA (SRSG) und dem afghanischen Präsidenten (bzw. seinem Beauftragten für die Planung) - die Maßnahmen, Haushalte und Zeitpläne für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, höhere Sicherheit, Drogenbekämpfung und eine effizientere Executive koordinieren.

Die an dieses Gremium im sog. Afghanistan Compact gestellten umfassenden Erwartungen, verbunden mit einem globalplanerischen, fast planwirtschaftlichen Anspruch ("wirtschaftliches und soziales Gedeihen") waren von vornherein illusorisch: in Afghanistan waren 85 Geber-Staaten engagiert. Schon die Frage, wer im Joint Coordination and Monitoring Board (JCMB) („einem kleinen und effektivem Gremium“ - so der Wunsch des US-Botschafters) auf der Geber-Seite sitzen sollte, war kaum zu lösen: die vier großen Milliardengeber sicher, aber wer für die kleinen, wer für die Militärs (US, ISAF oder NATO), wer für die Nachbarländer (Pakistan, Iran), die viel für die Millionen Flüchtlinge geleistet hatten und noch leisteten usw.? Die Widersprüche auf der Donor-Seite und (versteckt) auch auf der afghanischen Seite waren so groß, dass dem JCMB soweit ich das erlebt habe und später verfolgen konnte, wenig Koordinationserfolg beschieden war.

c) Die Zusammenarbeit von UNAMA mit ISAF hatte keine institutionell festgelegte Form. Die Mandate, beide vom Sicherheitsrat beschlossen, waren nicht verbunden. Auf einem wöchentlichen informellen Treffen (Frühstück) zwischen ComISAF und SRSG UNAMA wurden aber regelmäßig Informationen und politische Beurteilungen ausgetauscht. Neben der Sicherheitslage waren die zunehmenden Kollateralschäden (civilian casualties) ein Dauer-Thema, das auf Seiten von UNAMA dazu geführt hat, dass darüber seit 2006 dem Sicherheitsrat und der Öffentlichkeit vertieft berichtet wird. Auf Seiten von ISAF wurden zwar Maßnahmen getroffen, die Verluste in der Zivilgesellschaft zu verringern, dass diese aber für den Blick der Afghanen auf die Interventionskräfte von entscheidender Bedeutung waren, ist in die Sicherheitsbetrachtungen von ISAF nicht wirklich eingeflossen. Dass ISAF und die US-Operation Enduring Freedom (OEF) (wie 25 Jahre vorher die Sowjetarmee) immer mehr als Besatzung wahrgenommen wurde, hatte viel mit diesem Thema zu tun. Die Tatsache, dass die Taliban-Streitkräfte ebenso viele oder sogar noch mehr Opfer in der Zivilbevölkerung in Kauf nahmen, hat das nicht relativiert.

Der Afghanistan-Einsatz ist nicht an mangelnden internationalen Einsatz-Kräften und -Mitteln gescheitert, auch nicht an mangelnder Koordinierung, sondern an fundamentalen politischen und historischen Fehleinschätzungen: Kein Land erträgt eine militärische Besatzung und politische Bevormundung von außen über Jahrzehnte, am wenigsten Afghanistan, das seit mehr als 2000 Jahren noch jeden ausländischen Besatzer abgeschüttelt hat.

Die aufständischen Taliban hatten drei Vorteile auf ihrer Seite: die islamistische Ideologie war weltweit im Aufwind und wurde auf dem Lande populär, nicht zuletzt durch ihre wirkungsvolle Justiz, Pakistan bot sich seit Bin Laden's Zeiten in vielfältiger Form als strategisches Hinterland an, und die von den alten War-Lords getragene neue

demokratische Regierung setzte (anders als die Taliban) der Korruption in ihren Reihen nichts entgegen.

4. Frage: Bereits 2011 kritisierten Sie die Afghanistan-Politik öffentlich und deren fehlende Definition der Ziele zu Beginn der Mission. Welche Rolle spielten die Anfangsfehler für den gesamten Einsatz?

Antwort zu Frage 4: Von den drei primären Zielen der deutschen Afghanistan-Politik (unconditional support der angegriffenen USA, von Afghanistan darf kein internationaler Terror mehr ausgehen und demokratische und wirtschaftliche Entwicklung für ein sehr armes Land) ist nur das erste erreicht worden: Deutschland hat sich als zuverlässiger und leistungsfähiger Bündnispartner den USA gegenüber und in der NATO erwiesen. Dass von Afghanistan kein neuer Terror gegen die westliche Welt ausgehen wird, wie es die USA in Doha mit der Taliban-Führung verhandelt haben, ist zur Zeit zwar anzunehmen, nicht aber für alle Zeiten ausgeschlossen. Der nach innen (zum Beispiel gegen die Hazara im Lande) und nach außen gerichtete terroristische politische Islam (IS-K) ist jedenfalls in Afghanistan schon wieder präsent. Wie weit das Taliban-Regime diese radikalen Gruppen im Zaum hält, lässt sich noch nicht sagen.

Das viel zu hoch gesteckte wolkige Ziel, eine demokratische Regierung zu etablieren, die Sicherheit gewährleistet und den Afghanen wirtschaftliche Entwicklung bringt, wurde nicht erreicht. Nach zehn Jahren wurde die ISAF-Präsenz immer mehr als Besatzung empfunden, die Opfer des Krieges in der Zivilbevölkerung vervielfachten sich, ebenso die Selbstmordattentate, und die notorische Korruption der wirtschaftlichen und politischen Eliten zerstörte vor allem unter der Jugend und auf dem Lande unter der schnell wachsenden Bevölkerung (21,6 Mio. 2001, 40,1 Mio. 2021) das Vertrauen in eine bessere Zukunft.

2011 wurde von amerikanischer Seite verkündet, man wolle sich bis 2014 militärisch aus Afghanistan zurückziehen. Eine vertiefte Diskussion über das militärisch und politisch Erreichte und vor allem über das, was offensichtlich unter den gegebenen Verhältnissen nicht erreichbar war, hätte an diesem Punkt stattfinden müssen, auch im Bundestag.

Auf dem von den USA gesetzten Termin 2014 dann gegebenenfalls auch den USA gegenüber zu beharren und mit den deutschen Truppen abzuziehen, wie es die Franzosen gemacht haben, wäre sinnvoller gewesen, als der sicherheitspolitischen Erfolglosigkeit noch fünf Jahre nachzulaufen.

Verhandlungen oder Gespräche mit den damals noch nicht erstarkten Kräften der Taliban wären 2014 unter anderen Bedingungen führbar gewesen, als sie es 2021 dann waren. Bis dahin wurden sie wegen der Voraussetzung des Abzugs fremden Militärs, vor allem der USA aus Afghanistan erst gar nicht in Betracht gezogen.

Das Thema Verhandlungen mit den Taliban war schon auf der Petersberg-Konferenz und später in allen strategischen Diskussionen ein heißes Eisen. Nicht nur, weil die Taliban erklärtermaßen eine terroristische Vereinigung waren und sind, sondern auch, weil jede ernsthafte Verhandlung mit dem Thema „End of Mission“ und Truppen-Abzug verbunden war. Die Unfähigkeit, den Truppenabzug mit allen möglichen Konsequenzen für und mit den Afghanen zu definieren, war eine Schwäche der Afghanistan-Intervention von Anfang an.

Die Präsenz, das Engagement und die Arbeit der humanitären und Entwicklungs-Organisationen der Einzelstaaten und der Vereinten Nationen bliebe und bleibt vom Abzug der Sicherheitskräfte prinzipiell unberührt, auch wenn die Sicherheitslage natürlich deren Arbeit erleichtern, erschweren oder unmöglich machen kann.

5. Frage: Wieso gab es aus dem Parlament heraus zu keinem Zeitpunkt die Forderung nach einer ressortübergreifenden Strategie für Afghanistan und auch keine gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse zu Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik?

Antwort zu Frage 5: An einer Vernetzung zwischen Inhalten und Diskussionen der verschiedenen Ausschüsse des Bundestages hat es nicht gefehlt. Gemeinsame Ausschusssitzungen hätten meines Erachtens keinen Beitrag zu einer Vertiefung der Meinungsbildung zu Afghanistan und anderen Auslandseinsätzen geführt. Die Instrumente des Bundestags (große und kleine Anfragen, Ausschuss- und Einzel-Reisen, Untersuchungsausschüsse, wissenschaftlicher Dienst usw.) sind umfassend genutzt worden. Die regelmäßigen öffentlich zugänglichen Berichte der internationalen Organisationen (VN Funds and Agencies, giz, NGOs usw.) sind in die Besprechungen einbezogen worden, und auf die exponentiell steigende Flut von Artikeln und Büchern von Experten, Betroffenen, Aktivisten und Literaten ist hingewiesen worden. Dennoch drängt sich im Nachhinein der Eindruck auf, als sei man von den wirklichen afghanischen Verhältnissen nicht oder immer zu spät informiert gewesen.

Das Wiedererstarken des politischen Islamismus in der afghanischen Bevölkerung, die Dynamik der Selbstmordattentate und ihr Beitrag zur Destabilisierung der jungen demokratischen Institutionen dagegen wurden kaum in die Analysen und Berichte einbezogen. Auch die ungebrochene Macht der Stämme und ihrer War-Lords, die Rolle von Pakistan (Militär und Geheimdienst) sowie die verheerende Wirkung der weit verbreiteten Korruption (die Kabul Bank mit 1 Mrd. \$ Verlust als Spitze des Eisbergs) auf die Glaubwürdigkeit der Regierung haben sich offenbar einer vertieften Betrachtung entzogen, und Berichte über die schwindende Kraft der Afghan National Army (unter unglaublich hohen Verlusten an Soldaten und Zivilisten) blieben unerwünscht .

Schlussbemerkung: Das Engagement der militärischen und zivilen staatlichen und nichtstaatlichen internationalen Kräfte ist angesichts der monströsen Angriffe auf die USA und der Armut und Unterdrückung der afghanischen Bevölkerung (und insbesondere der Frauen und Kinder) von einer großen Begeisterung getragen worden, die von fast allen der dort Engagierten geteilt wurde und noch heute besteht. Jeder Einsatz, militärisch oder zivil, muss sich aber über die Begeisterung der Aktivisten und Analysten hinaus von Anfang an und im Verlauf immer wieder explizit die Frage stellen: Was ist nicht nur wünschbar, sondern mit den vorhandenen Mitteln und unter den historischen, politischen, wirtschaftlichen und Macht-Verhältnissen jeweils konkret erreichbar und wie und wann wird der Einsatz wieder beendet? Daran hat es - wie an den letzten Tagen der internationalen Streitkräfte in Kabul überdeutlich sichtbar - im ganz Allgemeinen und im ganz Besonderen gefehlt.

Es ist übrigens bis heute noch nicht gesichert, ob, wie und wann alle die Afghanen, die unseren Einsatz aktiv unterstützt haben, in Sicherheit gebracht werden.



Kommissionsdrucksache 20(28)24

Reinhold Robbe
ehemaliger Vorsitzender des Verteidigungsausschusses /
ehemaliger Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Stellungnahme*

Anhörung (öffentlich/nichtöffentlich)

zum Thema

**„Politische Verantwortungsstrukturen:
Das Afghanistan-Engagement im Deutschen Bundestag -
Rolle des Parlaments, Informationen und strategische
Befassung“**

am 12. Juni 2023

* Die Stellungnahme mit dem Eingangsstatement wurde nachträglich übersandt.

Vorbemerkung

Bevor ich auf die mir gestellten Leitfragen eingehe, gestatten Sie mir bitte eine persönliche Vorbemerkung.

Zum ersten Mal befasst sich eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit einem Auslandseinsatz der Bundeswehr. Deshalb will ich allen Verantwortlichen, die an der Einsetzung dieser Enquete-Kommission mitgewirkt haben, meinen persönlichen Dank aussprechen.

Als ehemaliger Abgeordneter des Deutschen Bundestages, der 1995 für den damaligen ersten „robusten“ Bundeswehr-Einsatz unserer Streitkräfte in Bosnien-Herzegowina und gleichzeitig gegen die Mehrheitsmeinung der eigenen Fraktion gestimmt hat, begleite ich bis heute die Entwicklung der Bundeswehr nicht nur mit großem Interesse, sondern auch mit persönlicher Anteilnahme. Denn die verordnete Transformation der Bundeswehr nach 1990 von einer reinen Verteidigungs- zu einer Einsatzarmee hatte bekanntlich auch zur Folge, dass wir es erstmals nach 1945 wieder mit schwer verwundeten, posttraumatisch belasteten und im schlimmsten Fall auch gefallen Soldatinnen und Soldaten zu tun hatten. Und von allen Auslandseinsätzen, die der Deutsche Bundestag mandatierte, war der Afghanistan-Einsatz mit Abstand nicht nur umfänglichste, sondern auch der folgenreichste, gerade was die Zahl der Opfer betrifft.

Umso bedeutsamer werden die Ergebnisse dieser Enquete-Kommission für die weitere Entwicklung der Streitkräfte sowie für alle vergleichbaren Missionen mit deutscher Beteiligung sein.

Nun möchte ich die Leitfragen beantworten.

- **Wie wurde das Parlament (Ausschüsse, Obleute, Fraktionen etc.) in den ersten Jahren des Afghanistan-Engagements informiert und einbezogen und wie bewerten Sie dies?**

Natürlich kann ich zur Kommunikation zwischen den Verantwortungsträgern und den Gremien nur etwas sagen aus meiner damaligen Perspektive, insbesondere als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses von 2002 bis 2005.

Seit den bereits erwähnten NATO- und EU-Missionen gab es eine zuverlässige und von allen Fraktionen weitgehend akzeptierte Form der kontinuierlichen Kommunikation zwischen der Bundesregierung und dem Parlament. Im Zentrum der regelmäßigen Unterrichtung standen die mündlichen Berichte der zuständigen Minister und parlamentarischen Staatssekretäre, ergänzt durch Unterrichtungen von den beamteten Staatssekretären, den Chefs und sonstigen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesbehörden, den staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Experten. Wenn es um sicherheitsrelevante Themen ging, erfolgte die Unterrichtung unter den üblichen Regeln der Geheimhaltung. Je nach Lageentwicklung im Einsatzgebiet Afghanistan lud der Bundesverteidigungsminister den Ausschuss in das Ministerium ein, um dort mit der vorhandenen technischen Unterstützung umfassend zu berichten und den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, per Videokonferenzen Fragen an die vor Ort verantwortliche militärische Führung zu richten.

Sogenannte besondere Vorkommnisse, schwere Gefechte mit gefallenem oder verwundeten Soldaten, sonstige Ereignisse mit Todesfolge oder auch folgenschwere Unfälle wurden sehr zeitnah an die Fraktionsvorsitzenden und an die zuständigen Obleute in den Ausschüssen berichtet.

Als Angehöriger einer Regierungsfraktion und Ausschussvorsitzender hatte ich auch die Möglichkeit des regelmäßigen Gedankenaustausches mit dem Verteidigungsminister, damals Peter Struck. An diesen Unterredungen nahmen auch der Fraktions-Sprecher sowie ein parlamentarischer Staatssekretär teil.

Darüber hinaus waren für mich die Delegationsbesuche des Ausschusses in Afghanistan von herausgehobener Bedeutung. Selber war ich Teilnehmer der ersten Bundestags-Delegation, die 2002 einen Truppenbesuch absolvierte. In den Folgejahren hatte ich regelmäßig die Möglichkeit, mir ein eigenes Bild zu machen über die Sicherheitslage, die politische Entwicklung und vor allem über die Arbeitsbedingungen, Probleme und Schwierigkeiten der Soldatinnen und Soldaten, aber auch der anderen Beteiligten.

Regen Gebrauch machten insbesondere die Oppositionsparteien von dem parlamentarischen Instrument der kleinen und großen Anfragen an die Bundesregierung, die oftmals dann auch Gegenstand von Debatten in den Ausschüssen und auch im Plenum des Parlaments waren.

Zusammengefasst waren die Informationsmöglichkeiten für die Fachpolitikerinnen und -Politiker umfassend und ausreichend. Natürlich war es für die Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) der Fraktion notwendig, auch proaktiv Themen aufzugreifen, um den Kontroll- und Informationsnotwendigkeiten des Parlaments gerecht zu werden.

Als unangemessen und kontraproduktiv habe ich es übrigens empfunden, wenn als vertraulich oder gar geheim eingestufte Unterrichtungen für die Obleute an Presseorgane „durchgestochen“ wurden. Naturgemäß konnte nie ermittelt werden, wer dafür verantwortlich war. Aber dass in Einzelfällen aufgrund derartiger „Durchstechereien“ Leben und Gesundheit von Soldatinnen und Soldaten offensichtlich bewusst in Kauf genommen wurden, ist für mich schlichtweg unverantwortlich.

- **Inwiefern ist der Bundestag hinsichtlich der Afghanistan-Einsätze seiner Verantwortung und Wirksamkeitskontrolle gerecht geworden?**

Aus heutiger Sicht kann ich keine gravierenden Versäumnisse mit Blick auf die Kontrollpflichten des Parlaments erkennen.

Im Unterschied zu vielen anderen Parlamenten in vergleichbaren westlichen Demokratien verfügt ja der Deutsche Bundestag neben seinen originären

Kontrollorganen, wie den Fachausschüssen, dem Haushaltsausschuss, dem Parlamentarischen Kontrollgremium und dem Untersuchungsausschuss noch zusätzlich über das im Grundgesetz verankerte Hilfsorgan „Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages“. Nicht zuletzt mit Hilfe der oder des Wehrbeauftragten kann sich das Parlament permanent und umfänglich ein realistisches Bild über die Menschen in der Bundeswehr und über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Soldatinnen und Soldaten machen. Die Bedeutung und Wirksamkeit dieses besonderen Kontrollorgans konnte ich bereits als Abgeordneter erleben, aber natürlich besonders intensiv in meiner eigenen Verantwortung als Wehrbeauftragter.

Die Kontrollmöglichkeiten des oder der Wehrbeauftragten sind meines Erachtens umfassender und effektiver als die eines Abgeordneten, weil der Wehrbeauftragte seine Legitimation aus dem Grundgesetz ableitet und die Kontrollinstrumente qua Gesetz festgelegt sind. Aus meiner Perspektive ist hierbei das gesetzlich verankerte Recht auf Durchführung von unangemeldeten Truppenbesuchen besonders zu unterstreichen. Als Abgeordneter ohne herausgehobene Funktion durfte ich erleben, wie die Truppenbesuche der Bundestagsabgeordneten gründlich „vorbereitet“ wurden, um es freundlich zu formulieren. Kritisch betrachtet, haben die Mitglieder des Bundestages – zumindest in meiner Zeit als Abgeordneter – bei Truppenbesuchen stets ein geschöntes und von A bis Z inszeniertes Bild von der Bundeswehr dargeboten bekommen.

Ein Beleg für die Effizienz der Kontrollaufgaben des Wehrbeauftragten mag das folgende Beispiel sein:

Nach etlichen Besuchen in Afghanistan und in den Heimatstandorten hatte ich den Eindruck gewonnen, dass es für die Soldatinnen und Soldaten nicht mehr akzeptabel war, wenn die regelmäßigen schweren Gefechte zwischen den ISAF-Kräften und den Taliban-Kämpfern, bei denen es Gefallene und Schwerverwundete gab, nach dem Willen des damaligen Verteidigungsministers Franz-Josef Jung nicht als „Krieg“ bezeichnet werden durften.

Da der Minister seinerzeit nicht bereit war, die Realitäten beim Namen zu nennen, habe ich in einem Spiegel-Interview das Thema öffentlich gemacht, was zu einem heftigen

Schlagabtausch zwischen Minister Jung und mir im Verteidigungsausschuss führte. Erst mit dem Wechsel von Franz-Josef Jung auf Karl-Theodor zu Guttenberg geriet dieser Streit in Vergessenheit.

- **Wie gestaltete sich aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit zwischen AA, BMZ, BMI und BMVg und waren die Ausschüsse mit Blick auf die Lage und die Entwicklung in Afghanistan aus Ihrer heutigen Sicht immer gut oder zumindest hinreichend informiert?**

Der Gegensatz zwischen dem politischen Anspruch des „vernetzten Ansatzes“ und der Realität hätte zu Beginn des Afghanistan-Einsatzes größer nicht sein können. In den Fachausschüssen des Parlaments wurde aus meiner Sicht das Idealbild einer vorbildlichen und exzellent funktionierenden Kooperation der verschiedenen Ressorts präsentiert, das jedoch mit der Wirklichkeit im Einsatzgebiet oftmals wenig zu tun hatte.

Hier waren die Bundestags-Delegationsbesuche vor Ort ein wirksames Instrument, um einen realistischen Eindruck zu bekommen. Die entsandten Akteure aus AA, BMVg, BMZ und BMI erläuterten den Besuchern aus Berlin vor Ort in geradezu anschaulicher Eintracht, wie harmonisch und effektiv die vernetzte Arbeit funktionieren würde. Wer jedoch im persönlichen Gespräch die Angehörigen der Truppe, manche NGO-Vertreter oder die Experten unter den Journalisten befragte, bekam ein anderes Bild vermittelt. Was ich noch in guter Erinnerung habe, ist ein reibungsloses Zusammenwirken zwischen der Bundeswehr und dem Auswärtigen Amt. Zwischen diesen beiden Akteuren gab es eine stets abgestimmte und nachvollziehbare Kooperation. Schwierig gestaltete sich hingegen die Einbindung mancher BMZ-Aktivitäten, weil der politisch gewollte vernetzte Ansatz offenbar nicht immer dem Selbstverständnis der BMZ-Führung entsprach.

- **Im Hinblick auf zukünftige Einsätze: Was muss seitens der politischen Entscheidungsträger getan werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz und letztendlich auch Unterstützung von Bundeswehreinsätzen zu erhöhen?**

Bereits in meiner aktiven Zeit als Abgeordneter und als Wehrbeauftragter habe ich immer wieder auf die Diskrepanz hingewiesen, nach der zeitweise bis mehr als 60 Prozent der deutschen Bevölkerung Bundeswehr-Einsätze im Allgemeinen und den Afghanistan-Einsatz im Besonderen ablehnten, aber der Deutsche Bundestag Jahr für Jahr mit überwältigender Mehrheit den genannten Auslands-Einsätzen zustimmen würde. Diese Umfrage-Werte korrespondierten mit der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz der Soldatinnen und Soldaten. Gerade als Wehrbeauftragter erreichten mich viele Beschwerden und Eingaben von Bundeswehr-Angehörigen über das Desinteresse der Zivilgesellschaft. Unter den Soldatinnen und Soldaten herrschte die Erfahrung vor, nicht richtig akzeptiert zu sein trotz der Tatsache, dass man jeden Tag Gesundheit und Leben einsetzte.

Nach meiner Wahrnehmung und aus heutiger Sicht ist eine Ursache für die mangelnde Akzeptanz der Bundeswehreinsätze auch darin zu finden, dass die Außen- und Sicherheitspolitik – und speziell die Bundeswehreinsätze - in den Fachausschüssen des Bundestages zwar zu jeder Zeit ausführlich und verantwortungsvoll behandelt wurden, für das gesamte Parlament spielten – von Ausnahmen abgesehen – die Einsätze jedoch eine untergeordnete Rolle.

Und auch die jeweiligen Bundesregierungen zeigten nicht großes Interesse, die Einsätze oben auf ihre politische Agenda zu setzen; hier standen innen-, wirtschafts- und sozialpolitische Themen im Vordergrund. Hinzu kam ein Mangel an Hintergrundwissen und auch an ehrlichem Interesse bei vielen Abgeordneten, was nach meiner Einschätzung auch die Ursache für die von mir beschriebene Diskrepanz ist. Diese Passivität im Umgang mit den Bundeswehreinsätzen hat sich noch weiter verstärkt nach der Aussetzung der Wehrpflicht.

Denn die Parlamentsarmee war jetzt gewissermaßen „befreit“ von Wehrpflichtigen, so dass nur noch Zeit- und Berufssoldaten und wenige freiwillig Wehrdienstleistende der Bundeswehr angehörten; und die hatten sich ihren Job schließlich selber ausgesucht.

Geändert hat sich diese gesellschaftliche Einstellung zu den Einsätzen und zur Notwendigkeit von gut ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten und einer optimal

ausgestatteten und funktionierenden Bundeswehr erst mit der vielzitierten „Zeitenwende“, also mit dem 24. Februar 2022. Der Umgang aller demokratisch gesinnten Kräfte in unserem Land mit dem Ukraine-Krieg wird nach meiner festen Überzeugung auch der Lackmустest für die Frage sein, wie die gesellschaftliche Akzeptanz für die Bundeswehr und für die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands und seiner Verbündeten nachhaltig verbessert werden kann. Offensichtlich gibt es eine erhöhte Bereitschaft in unserem Land für einen intensiven gesellschaftlichen Diskurs über eine wehrhafte Demokratie. Das Parlament hat auf diesem Feld eine „Bring-Schuld“ und muss pro-aktiv diese Debatte anstoßen. Nur so wird sie ihrem Anspruch als Parlamentsarmee gerecht.

- **Wieso gab es aus dem Parlament heraus zu keinem Zeitpunkt die Forderung nach einer ressortübergreifenden Strategie für Afghanistan und auch keine gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse zu Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik?**

Spätestens seit dem Inkrafttreten des Parlamentsbeteiligungsgesetzes hätte intensiver über die Herstellung einer stärkeren Kohärenz zwischen den Ausschüssen zu Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik nachgedacht werden müssen. Bei allen Bundeswehreinsätzen ist der Auswärtige Ausschuss zwar federführend, der militärpolitische und -strategische Sachverstand ist aber naturgemäß stärker im Verteidigungsausschuss ausgeprägt. Darüber hinaus werden alle Fragen der Entwicklungspolitik im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit gebündelt. Deshalb ist meines Erachtens eine intensivere Verbindung zwischen den genannten Politikfeldern unerlässlich.

Während meiner Verantwortung als Vorsitzender des Verteidigungs-Ausschusses hatte ich einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit meinem Kollegen Volker Rühle, dem damaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses. Beide haben wir uns in unseren Fraktionen bemüht, eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse zu organisieren, um wesentliche Themen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu beraten. Mit diesem Versuch sind wir beide gescheitert, weil in den Fraktionsführungen kein erkennbares Interesse vorhanden war. Es kann daher nicht behauptet werden, es habe

keine Bemühungen im Deutschen Bundestag um mehr Kohärenz auf diesen Politikfeldern gegeben. Allerdings fanden diese Versuche „hinter den Kulissen“, abseits von der öffentlichen Wahrnehmung statt.

Für die Zukunft sehe ich eine gewisse Chance für tatsächliche Veränderung und Verbesserung, was ein gesamtgesellschaftliches Verständnis sowie eine aktivere politische Begleitung von Auslandseinsätzen auch über Fachressorts hinweg angeht. Wenn auch unter tragischen Umständen, wenn auch schmerzlich, wenn auch spät, haben doch weite Teile der deutschen Gesellschaft und haben auch die meisten politischen Akteure verstanden, dass wir uns zu lange etwas vorgemacht, uns in falscher Sicherheit gewogen haben. Der Großteil unseres Parlaments, die Bundesregierung und auch der Bundespräsident haben eine glaubhafte und konsequente Kehrtwende gemacht und zeigen Solidarität mit dem ukrainischen Volk.

Plötzlich wird in verschiedensten Kreisen der Bevölkerung und erst recht in politischen Gremien darüber diskutiert, welche Waffengattung, welche militärische Strategie sinnvoll und zu verantworten wäre, und die Verantwortung und Opferbereitschaft von Soldatinnen und Soldaten erscheinen in einem neuen, nachgerade positiven Licht.

Diese Enquete-Kommission bietet darüber hinaus die Chance, aus den Erfahrungen des Afghanistan-Einsatzes instruktiv und zielgerichtet die wichtigsten Resultate herauszuarbeiten – und so für eine tiefergehende gesellschaftliche Debatte möglicher Auslandseinsätze in Zukunft den Boden zu bereiten.



Kommissionsdrucksache 20(28)25

Ruprecht Polenz

ehemaliger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Stellungnahme*

Anhörung (öffentlich/nichtöffentlich)

zum Thema

**„Politische Verantwortungsstrukturen:
Das Afghanistan-Engagement im Deutschen Bundestag -
Rolle des Parlaments, Informationen und strategische
Befassung“**

am 12. Juni 2023

* Die Stellungnahme mit dem Eingangsstatement wurde nachträglich übersandt.

Enquete-Kommission
Lehren aus Afghanistan für das
künftige vernetzte Engagement
Deutschlands

Anhörung

Zum Thema

„Politische Verantwortungsstrukturen:
Das Afghanistan-Engagement im Deutschen Bundestag -
Rolle des Parlaments, Informationen und strategische
Befassung“

Am 12. Juni 2023

Ruprecht Polenz:

Vorbemerkung:

1. Ohne 9/11 kein Afghanistan-Einsatz. Die Grausamkeiten der Taliban gegen die Bevölkerung oder die Unterdrückung der Frauen hätten nicht zu einer internationalen Intervention geführt.
2. Hätte der Taliban-Führer Mullah Omar Bin Laden ausgeliefert, wie von den USA verlangt, wäre es auch zu keiner Intervention gekommen.
3. Das zeitlich primäre und auch prioritäre Ziel der Intervention war, Bin Laden zu fassen, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen und weitere Anschläge zu verhindern.
4. Das vor dem Hintergrund, dass Afghanistan eines der ärmsten Länder der Welt war (und ist) mit hoher Analphabeten-Rate, dazu einer Drogenökonomie, grassierender Korruption und der Herrschaft von Warlords. Nach 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg hatten sich Strukturen herausgebildet, die davon profitiert hatten und eher an ihrem Weiterbestehen interessiert waren.
5. In zweiter Linie ging es darum, sicherzustellen, dass Afghanistan nicht länger ein safe heaven und Rückzugsraum für internationalen Terrorismus ist. Weil failing oder failed states ideale Rückzugsgebiete sind, sollte Afghanistan zu einem funktionierenden Staat gemacht werden. Dafür waren nach 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg umfangreiche Aufbau-Maßnahmen nötig: verfassungspolitisch, sicherheitspolitisch, entwicklungspolitisch, gesellschaftspolitisch (Versöhnung), wirtschaftspolitisch.
6. Das vor dem Hintergrund der regionalen Spannungen und Verflechtungen: Pakistan / Paschtunen / Taliban, Pakistan vs Indien, Iran vs Taliban, andere Nachbarstaaten.
7. Der Kosovo-Einsatz war bis dahin der gefährlichste Auslandseinsatz für die Bundeswehr gewesen. Es war allen Abgeordneten klar, dass der Afghanistan-Einsatz noch wesentlich gefährlicher sein würde.
8. Deutschland hat sich im Bündnis mit der NATO und 85 anderen Staaten und über 1700 NGO's daran beteiligt.

9. Es lag in der Natur der Sache, dass die dafür erforderlichen Absprachen zwischen den Regierungen erfolgen mussten. Rückbindungen an die jeweiligen Parlamente erfolgten nach den im jeweiligen Land geltenden Regeln. Für Deutschland war das die grundgesetzlich geregelte Kompetenzverteilung, das Parlamentsbeteiligungsgesetz für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte und die Geschäftsordnung (GO) des Bundestages.
10. Auch wenn viele Ziele nicht erreicht wurden, bewerte ich das Engagement der internationalen Gemeinschaft und Deutschlands grundsätzlich positiv. Es hat den internationalen Terrorismus wirksam geschwächt. Und für die Afghaninnen und Afghanen waren diese 20 Jahre viel besser als die 20 Jahre davor - und wohl leider auch ihre Zukunft.

Frage 1: Wie bewerten Sie die federführende Beratung des Auswärtigen Ausschusses über die Entsendung deutscher Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsatz nach Afghanistan zur Zeit Ihres Ausschussvorsitzes?

Der Auswärtige Ausschuss war federführend zuständig für die Vorbereitung der Bundestagsbeschlüsse über die Anträge der Bundesregierung zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte außerhalb des Bündnisgebiets der NATO.

Er konnte diese Anträge annehmen oder ablehnen. Abändern konnte er sie nicht.

Das ist grundsätzlich sinnvoll, soweit es um das „Ob“ geht. Gründe, Ziele und völkerrechtliche Grundlage müssen vom Bundestag politisch beurteilt werden. Beim „Wie“ würde ich differenzieren: Wer ist sonst noch beteiligt (Niemals allein) und in welchem Umfang (reichen die Mittel)? Das muss auch vom Parlament politisch beurteilt und bewertet werden. Dazu ist das Parlament da und in der Lage.

Die Mandatsanträge der Regierung gingen aber viel weiter: Es wurden nicht nur Obergrenzen für die Zahl möglicherweise einzusetzender Soldat:innen aufgeführt. Die Kontingente wurden auch nach der genauen Zusammensetzung aufgeschlüsselt: Pioniere, Sanitäter, Panzer-Grenadiere.

Meines Erachtens konnte der Auswärtige Ausschuss nicht beurteilen, welche Zusammensetzung der Truppenkontingente im Einzelnen militärisch sinnvoll war. Er hat sich insofern auf den Verteidigungsausschuss verlassen.

Ich vermute allerdings, dass dieser sich das - genauso wie der Minister - vom Generalinspekteur hat erklären lassen, ohne es wirklich aus eigener Kompetenz militärisch bewerten zu können.

Diese Art der Mandatsanträge ist aus meiner Sicht problematisch: Das Parlament wird in Verantwortung genommen für etwas, das es nicht beurteilen kann („aber ihr habt doch zugestimmt“). Die Mandate wurden in der Regel für ein Jahr beschlossen. Die Lage in dieser Zeit konnte sich ändern. Die Detaillierung schränkte die notwendige Flexibilität ein.

Die viel diskutierten deutschen „Caveats“ waren Mandatsbestandteil. Die Regierung konnte sich im Bündnis mit dem Hinweis entlasten, der Bundestag habe das halt so beschlossen.

Parlamentsheer heißt eben nicht, dass der Bundestag zum Feldherrn würde.

Frage 2: Welche Einfluss- und Kontrollverfahren hat der Auswärtige Ausschuss als federführender Ausschuss für die Auslandseinsätze hinsichtlich strategischer Zielformulierung und hinsichtlich Zielerreichung des deutschen Afghanistan-Engagements wahrgenommen?

Der Auswärtige Ausschuss war federführend für die mit dem erteilten Mandat formulierte Zielformulierung und -Zielerreichung, also den Einsatz der Bundeswehr. Wie weit der Polizeiaufbau war (deutsche Verantwortlichkeit) oder was entwicklungspolitisch lief, war nicht Zuständigkeit des Auswärtigen Ausschusses.

Der Ausschuss ließ sich mehrmals im Jahr durch das Außenministerium berichten. Bei den Mandatsdiskussionen war neben dem Außenminister auch das Verteidigungsministerium vertreten, in der Regel durch einen Parlamentarischen Staatssekretär.

Außerdem gab es gelegentlich Berichte durch den BND.

Die Obleute aus dem Auswärtigen Ausschuss und dem Verteidigungsausschuss wurden regelmäßig (ca. alle 6 bis 8 Wochen) vertraulich im Verteidigungsministerium durch den Minister gebrieft. In diesen Runden waren auch Vertreter aus dem BMZ und dem AA dabei.

Nach meiner Erinnerung hat auch das BMZ gelegentlich im Auswärtigen Ausschuss vorgetragen. Ebenso das BMI zum Stand der Polizei-Ausbildung (ein Thema, bei dem ja auch die Länder maßgeblich einzubeziehen waren).

Last but not least gab es viele Afghanistan-Besuche von Ausschussmitgliedern. Das Thema war Gegenstand jeder Parlamentarischen Versammlung der NATO und aller internationalen Sicherheitskonferenzen, an denen auch Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses regelmäßig teilnehmen.

Frage 3: Konnte der vernetzte Ansatz für das Afghanistan-Engagement auch im parlamentarischen Raum ausreichend entwickelt, diskutiert und mit einem realistischen Zielbild versehen werden?

Dieser Ansatz wurde nach meinem Eindruck schon in der Regierung nicht ausreichend Ressort-übergreifend diskutiert und entwickelt. Deren Versäulung hat auch das Parlament nicht überwunden.

Aus der Multilateralität der Einsätze ergeben sich zwar Vorgaben und Grenzen für das deutsche Engagement. Trotzdem erscheint es mir dringend geboten, das deutsche Engagement mehr „aus einem Guss“, kohärent und konsistent zu gestalten.

Das könnte ein **nationaler Sicherheitsrat leisten, in dem die Ressorts entsprechend einem erweiterten Sicherheitsbegriff vertreten** sein müssten. Nur so würde die notwendige Vernetzung an der Spitze entstehen, und zwar dauerhaft. Der Nationale Sicherheitsrat könnte mandatsbezogene Arbeitsgruppen bilden, die ressortübergreifend den jeweiligen Einsatz begleiten.

Es wäre zu prüfen, ob der **Bundestag als Pendant auch einen allgemeinen Sicherheitsausschuss nach gleichen Kriterien zusammensetzt**. Für die einzelnen Mandate ließen sich Unterausschüsse bilden.

Ich bin mir allerdings sicher: Der Ressortegoismus in der Bundesregierung würde sich im Egoismus der bestehenden Ausschüsse wiederfinden.

Frage 4: Ist Ihrer Meinung nach eine ständige und begleitende Evaluierung von Auslandeinsätzen durch den Deutschen Bundestag notwendig und wie könnte diese genutzt werden, um die Mandate an die Notwendigkeiten in den Einsatzgebieten anzupassen? Wie kann der Deutsche Bundestag zukünftig seinen Einfluss auf internationale Friedenseinsätze stärker ausüben?

Die Frage müsste meines Erachtens die Multilateralität der Einsätze stärker einbeziehen. Anpassungsnotwendigkeiten können sich auch aus Erfolgen oder Misserfolgen von Entwicklungen ergeben, die im Verantwortungsbereich von Bündnispartnern liegen.

(USA: Afghanische Armee, UK: Drogenbekämpfung; Italien: Justizsystem. Japan: Entmilitarisierung, Deutschland: Afghanische Nationalpolizei)

Der Bundestag sollte keine eigene Evaluierung anstreben, sondern diese regelmäßig und nachvollziehbar von der Regierung verlangen.

Die regelmäßigen Fortschrittsberichte der Bundesregierung behandelten zwar den gesamten Afghanistan-Einsatz des Bündnisses. Sie waren aber meines Erachtens vor allem auf Zahlen und Quantitäten konzentriert. Deren Einordnung in eine integrierte, politische Bewertung kam zu kurz.

Und ketzerisch: Ich bin wegen des notwendig bestehenden Informationsgefälles nicht sicher, ob ein größerer Einfluss des Bundestages auf internationale Friedenseinsätze wirklich sachgerecht wäre. Der Bundestag sollte sich auf die grundsätzlichen politischen Fragen konzentrieren und sich nicht durch operative Detailfragen davon ablenken (lassen).

Frage 5: Wieso gab es aus dem Parlament heraus zu keinem Zeitpunkt die Forderung nach einer ressortübergreifenden Strategie für Afghanistan und auch keine gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse zu Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik?

Ich bin nicht sicher, ob die Prämisse der Frage stimmt, denn ich erinnere mich an viele Diskussionen, in denen die unterschiedlichen Beiträge der einzelnen Ressorts diskutiert wurden. Bestehende Zuständigkeitsschranken wurden allerdings nicht überwunden.

Bei einer gemeinsamen Sichtung der drei Ausschüsse hätten sich ca. 100 Abgeordnete für ein paar Stunden versammelt. Vielleicht zehn von ihnen wären neben den drei Ministern zu Wort gekommen. Vielleicht hätte man es versuchen sollen. Aber eine wirkliche Klammer hätte sich daraus meines Erachtens kaum ergeben.